

aspekte

föj-bewegung für sozialismus

jänner 74 nr 56

imperialismus:
beispiel

CHIE

Einzelpreis S 5,-
Jahresabonnement S 50,-

Bei Mitgliedern ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag beinhaltet.

Redaktionskollektiv:
Olga Makomaski, Hannes Morschl, Zsolt Patka,
Manfred Pawlik, Alfred Prandl, Fritz Zaun

Redaktion: 1090 Wien, Porzellangasse 33 a,
Telefon: 34 67 145.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10,
Telefon: 65 19 52.

Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien

Inhalt

	Seite
Perspektiven des chilenischen Widerstands	2
Vor dem Putsch.....	5
Zur Einschätzung der Unidad Popular.....	7
Solidaritätsbewegung/Aktivitäten.....	9
Die Entwicklung im Nahen Osten.....	10
Was tut sich in Indochina?.....	13
Griechenland-Solidaritäts-Woche in Graz	14
Die Lage der slowenischen Minderheit	16
Gnade à la SPÖ.....	20
Es geht nicht nur um die Abtreibung.....	21
Der "Presse" Lob und Tadel.....	22
Monat zur Unterstützung des iranischen Widerstandes und der politischen Gefangenen.....	22
Arbeitsgruppentagung des Sozialistischen Büros (BRD).....	24
Briefe.....	27

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt
der FÖJ - Bewegung für Sozialismus, Wien.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Ver-
vielfältiger: Freie Österreichische Jugend -
Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt ver-
antwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien,
Belvederegasse 10/1.

Perspektiven

DER PUTSCH DES MILITÄRS - LETZTER AUSWEG DER CHILENISCHEN BOURGEOISIE

Der am 11. September 1973 erfolgte Staatsstreich der chilenischen Reaktion war keinesfalls ein unvorhergesehenes Ereignis, wie er dem Leser der Tagespresse erscheinen mußte. Es war auch nicht - wie es in manchen bürgerlichen Massenmedien anklang - ein für Lateinamerika "typisches" politisches Faktum. Er war vielmehr die Konsequenz einer sich immer stärker zuspitzenden Polarisierung von Arbeitern, Bauern und Studenten einerseits und der chilenischen und internationalen Bourgeoisie andererseits.

Schon der Wahlsieg der UP im Jahre 1970 war das Ergebnis einer klassenkämpferischen Entwicklung in Chile: Das chilenische Volk erkannte die Phrasenhaftigkeit des "dritten Wegs", der vom "fortschrittlichen" Flügel der CD als Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus gepriesen wurde. Die Stärkung der in der UP vertretenen Arbeiterparteien zeugten vom ansteigenden Klassenbewußtsein des chilenischen Proletariats.

Das Ergebnis der Maßnahmen der Regierung Allende, die wir hier nicht im einzelnen aufzählen wollen, war von zwei Momenten gekennzeichnet:

Das erste Moment stellt eine Verbesserung der materiellen Situation der chilenischen Arbeiter, Bauern und Armen dar (Senkung der Arbeitslosigkeit von 8% auf 3%, hohe Reallohnsteigerungen, Schaffung hunderttausender neuer Wohnungen u. dgl. m.). Das zweite Moment beinhaltete eine starke Politisierung breiter Teile der chilenischen Bevölkerung, indem die Regierung Allende legislative Maßnahmen traf, die sich unmittelbar gegen die Privilegien eines Teils der chilenischen Bevölkerung richtete (Enteignungsmöglichkeiten unter bestimmten Voraussetzungen), rief sie damit Abwehrmaßnahmen der chilenischen Bourgeoisie und des Mittelstandes auf den Plan, denen die Arbeiter und Bauern nur mit einer verstärkten Organisation wirkungsvoll begegnen konnten.

Besonders deutlich wird diese Situation seit dem Beginn des Jahres 1973. Die chilenischen Arbeiter und Bauern und ihre Organisationen beginnen auf dem Hintergrund massiver Angriffe der chilenischen Bourgeoisie, die teils mit unmittelbarer physischer Gewalt mit Hilfe von Teilen der chilenischen Armee und faschistischer Kampftruppen wie der "Patria y Libertad" (Vaterland und Freiheit), teils (zum damaligen Zeitpunkt wirksamer) mittelbar über Wirtschaftsmaßnahmen (Kapitalflucht, Boykott der Fuhrwerksunternehmer, Ingenieure, Ärzte u. dgl.) vorgetragen werden. Die revolutionären Organisationen innerhalb und außerhalb der UP beteiligen sich am Aufbau der "Poder Popular", die zwar als Gegenmaßnahmen gegenüber den Angriffen der chilenischen Reaktion defensiven Charakter haben, in ihrer Stoßrichtung aber als Kampforgane der Arbeiterklasse über den Kapitalismus hinausweisen: In ihren Zielsetzungen, Kontrolle über die Produktion, den Handel, den Verkehr etc. zu erhalten, stellen sie konkret die Machtfrage, das heißt, sie bedrohen die-

des chilenischen Widerstands

jenigen Machtpositionen der Bourgeoisie, die die Regierung Allende auf legalem Wege nicht bedrohen konnte.

Ausgehend von defensiven Maßnahmen (Durchbrechung des reaktionären Fuhrwerksunternehmerboykott und des Boykotts der Kleinhändler durch eigene Transport- und Verteilungsorganisationen) organisierten die "Comandos Comunales" (Kommunal-Kommando) "die Massen im Kampf gegen den kapitalistischen Staat, zunächst durch Anprangerung, Druckausübung, Kontrolle und schließlich durch die Unterstellung der staatlichen Bürokratie unter die Macht der Kommandos bis zur Zerschlagung des bürokratischen Apparates und Ersetzung durch die neuen Machtorgane". (Chilen. Dokument.)

Beleuchten wir nun die Gegenmaßnahmen der chilenischen Reaktion und ihres Verbündeten, der imperialistischen Staaten.

DER WIDERSTAND DER CHILENISCHEN BOURGEOISIE GEGEN DEN KAMPF DES CHILENISCHEN VOLKES UND SEINER FORTSCHRITTLICHEN ORGANISATIONEN

Der Widerstand der chilenischen Bourgeoisie gegen die Maßnahmen der UP-Regierung und gegen den Kampf des chilenischen Volkes zeigt einmal mehr, daß im Zeitalter des Imperialismus keine "nationale Politik" von der Bourgeoisie betrieben werden kann.

Die Opposition gegen die Organisationen des chilenischen Volkes wurde zwar vor allem von der CD politisch betrieben. Die tatsächliche Bedrohung ergab sich aber aus dem Zusammenspiel von Boykottmaßnahmen der chilenischen Bourgeoisie und durch das Auslandskapital gegen die Regierung Allendes.

Seit Amtsantritt der Regierung Allendes haben die Pläne des US-amerikanischen Konzerns ITT eine wesentliche Rolle in der Strategie des Imperialismus gegenüber Chile gespielt. ITT empfahl damals eine Politik der "wirtschaftlichen Pressionen" gegenüber Chile, die von Beginn 1971 bis zum März 1973 voll zur Geltung kam; die Sprachregelung der UP für diese Politik war "Ökonomische und finanzielle Strangulierung". International bedeutete sie:

- Boykott des Rohstoffbezuges (der Weltmarktpreis für Kupfer sank um die Hälfte).
- Boykott der Ausfuhr nach Chile (Beschränkung der Lieferung von Ersatzteilen und neuen Maschinen).
- Sperrung der Kredite durch die einzelnen imperialistischen Mächte zusammen mit dem IWF und dem Club de Paris (hauptsächlicher Gläubiger Chiles für dessen riesige Auslandsverschuldung, die unter der CD-Regierung verursacht wurde).

National wurde diese Politik unterstützt durch großteils vom CIA finanzierte Boykottmaßnahmen des Mittelstandes, im speziellen durch die Fuhrwerksunternehmer, die den wesentlichsten Anteil an der chilenischen Güterverteilung haben.

Diese Maßnahmen führten in Chile zu einer katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung, die noch verstärkt wurde durch den Aufbau eines Schwarzmarktes und der damit verbundenen künstlichen Verknappung von Gütern des täglichen Bedarfs am chilenischen Binnenmarkt.

Die Konsolidierung der Machtorgane der Arbeiter und Bauern aber führte zur Notwendigkeit der unmittelbaren Putschvorbereitung der Bourgeoisie. Ab März 1973 begannen die ersten unmittelbaren Putschversuche des chilenischen Militärs auf dem Hintergrund eines wirtschaftlichen Chaos, das von der Bourgeoisie selbst hervorgerufen worden war. Ab Juni 1973 befindet sich auf jedem Schiff der chilenischen Marine ein amerikanischer Verbindungsoffizier. Die Armee wartet auf einen günstigen Augenblick, die Diktatur der Bourgeoisie wiederherzustellen.

DIE DIKTATUR DER BOURGEOISIE WIRD WIEDERHERGESTELLT

Seit Mai 1973, als die ersten Putschversuche stattfanden, begannen sich auch die verschiedenen Positionen innerhalb der UP klar abzuzeichnen. Die erste Position, die im wesentlichen von der KP und der rechten Fraktion der MAPU vertreten wurde, unterschätzte die Bedeutung des internationalen Kapitals und setzte auf eine Politik der nationalen Aussöhnung mit der CD. Die zweite Position wurde von der Allende-Fraktion vertreten: Sie wollte einerseits mit aller Härte gegen diejenigen reaktionären Kräfte vorgehen, die sich an der Politik der wirtschaftlichen Strangulierung beteiligten (vor allem die Fuhrunternehmer, die versuchten, die Versorgung in den großen Städten lahmzulegen), andererseits aber den drohenden Bürgerkrieg durch Verhandlungen mit der CD verhindern wollten. Schließlich die dritte Position, die von der linken SP-Fraktion, Teilen der Gewerkschaft und verschiedenen Organisationen außerhalb der UP vertreten wurde. Sie verlangte eine wesentliche Verstärkung der Organe der Arbeiter und Bauern, ein entschiedenes Vorantreiben der Bewaffnung des Volkes und ein verstärktes Hineinwirken ins Heer selbst.

Die Differenzen in der Arbeiterbewegung nahmen zu, als sich mehr und mehr die Frage nach wirksamen Maßnahmen gegen die immer größer werdende Putschgefahr stellte. Diese Uneinheitlichkeit war sicher ein Faktor, der das Gelingen des Putsches begünstigte (wenn auch nicht der einzige).

Einen weiteren Faktor stellt eine Unterstützung der Putschisten durch eine relativ breite Massenbasis dar. Vor allem der Mittelstand fühlte sich durch die UP-Regierung in ihren Privilegien bedroht. Es gelang den Putschisten, diese Massenbasis auch nach dem Putsch bis heute an der Stange zu halten. Der entscheidende Faktor für das Gelingen des Putsches aber war die unerwartete Einigkeit der Armee. Die gesamte Linke hatte für den Fall eines Putsches die Spaltung der Armee erwartet.* Diese war aber weitestgehend geschlossen gegen die

*Vgl. auch Interview mit Olivares u. a. in dieser Nummer.

UP-Regierung und die Organe des chilenischen Volkes ange- treten, es gab keine nennenswerte Abspaltungen von Teilen des Heeres. Ein geschlossenes Heer aber, daß in Ausbildung und Bewaffnung den Organen des Volkes wesentlich überlegen ist, konnte durch rücksichtsloses Vorgehen dem chilenischen Volk tatsächlich eine Niederlage vom Ausmaß des 11. September 1973 bereiten.

DIE MASSNAHMEN DER JUNTA

Unmittelbar nach dem Putsch erklärte der Chef der Militär- junta, daß an den sozialen Errungenschaften, die das chilenische Volk unter der UP-Regierung erkämpft hatte, nichts zurückgenommen würde.

Diese Phrase war natürlich von Anfang an durchschaubar und diente als bloßes Ablenkungsmanöver. Denn diese sozialen Errungenschaften waren von der chilenischen Arbeiterklasse und ihren Organisationen erkämpft worden; sie waren keine freiwilligen Geschenke der Bourgeoisie. Mit der Zerschla- gung dieser Organisationen hatte die chilenische Bourgeoisie wieder freie Hand, durch eine verschärfte Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse und den Bauern die Resultate ihres Kampfes wieder wegzunehmen.

Die Zerschlagung dieser Organisationen war dann auch die vordringlichste Aufgabe der Junta: Die Gewerkschaft (CUT) und die Parteien wurden verboten. Dazu kam noch eine un- wahrscheinlich grausame Repressionspolitik durch die Junta: etwa 15.000 Arbeiter, Bauern und Studenten wurden während und nach dem Putsch ermordet, etwa die dreifache Anzahl befindet sich heute in den KZs, wo sie gefoltert werden und jederzeit ihren Tod zu erwarten haben.

Parallel zum unmittelbaren Mörderhandwerk tritt eine Poli- tik, die es der Bourgeoisie ermöglichen soll, die verlorene- gangenen Profite wieder auf Kosten der Arbeiter und Bauern zurückzuholen: Die Arbeitslosenrate stieg binnen kürzester Zeit von 3% auf 18% (etwa 800.000); die Entlassung vieler dieser Arbeiter ist nicht nur als Maßnahme zur Senkung des Lohnniveaus, sondern auch aus politischen Gründen getroffen worden: er ist ein Schlag gegen die klassenbewußten Arbeiter und hat natürlich eine disziplinierende Funktion für diejeni- gen, die noch einen Arbeitsplatz haben.

Selbstverständlich wurden die von den einheimischen Unter- nehmern enteigneten Betrieben von der Junta zumindest de

facto reprivatisiert, d. h. deren frühere Besitzer sind heute als Direktoren wieder in deren Leitung tätig. Das gleiche ge- schah mit dem Großgrundbesitz über 80 ha.

Das Ausmaß der verschärften Ausbeutung läßt sich daran er- sehen, daß bei einer Inflationsrate von etwa 1.800% (!) eine drastische Senkung der Reallöhne festzustellen ist, die noch zusätzlich verschärft wird durch eine Erhöhung der Arbeits- woche von 40 auf 44 Stunden, die nicht abgegolten wird.

Dazu kommt noch als Dank an das internationale Kapital die offene Einladung zu verstärkten Investitionen, das sich seiner- seits mit der Aufhebung des Kreditstopps und wahrscheinlich mit dem Verzicht auf Entschädigungszahlung für die nationa- lisierten Produktionsstätten (z. B. Kupferminen) revanchiert.

So sieht die "Befreiung vom marxistischen Joch" aus, die der Mördergeneral Pinochet versprochen hat.

TENDENZEN DES CHILENISCHEN WIDERSTANDES

Am Putschtag und in den darauffolgenden Tagen fand ein heroischer Kampf vor allem der chilenischen Arbeiter statt, die der faschistischen Armee erbittert Widerstand leisteten. Dieser Kampf wurde von der Armee blutig zurückgeworfen, zumal er spontan und ohne zentrale Führung geführt wurde.

Zwar finden wir bis heute immer wieder heldenhafte Kämpfe einzelner Gruppen. So fand noch im November aus Verzweif- lung ein Streik von Bauarbeitern statt, der zwar keine Aus- sicht auf Erfolg hatte, und der auch blutig niedergeschlagen wurde, der aber andererseits vom hohen Klassenbewußtsein der chilenischen Arbeiterklasse und von der Verzweiflung der Masse des chilenischen Volkes über seine Lebensbedingungen zeugt.

Solche Massenkämpfe werden aber in der nächsten Zeit eher die Ausnahme bleiben. Mit ihrer barbarischen Repression dürfte es der Junta gelungen sein, Aktionen, die ihre Macht- stellung in Frage stellen könnten, zu verhindern. Der Kampf des chilenischen Volkes wird in allen seine Formen ein län- gerfristiger sein, zumal es der Junta nicht nur gelungen ist, auf dem Parkett der internationalen Bourgeoisie anerkannt zu werden, sondern auch, eine relativ breite Massenbasis im chilenischen Mittelstand zu finden.

Die Informationen, die aus Chile über die jetzige Situation des Widerstandes kommen, sind eher spärlich. Allerdings können folgende Tendenzen daraus abgelesen werden:

1. Der chilenische Widerstand konsolidiert sich unter Abse- hung früherer Meinungsunterschiede. Die faschistische junta macht in ihrer Repression keinen Unterschied zwi- schen Genossen von der MIR und Genossen von der KP. Und ihre Angriffe auf die materielle Situation der Arbei- ter und Bauern treffen ebenso die Arbeiter, die in der Linken organisiert waren, wie diejenigen, die gegenüber der CD Illusionen hatten. Der Widerstand hat sich verein- heitlicht.
2. Der Junta ist es bis heute noch nicht gelungen die meisten Führer der Arbeiter und Bauern zu verhaften. Diese Genos- sen arbeiten heute im Untergrund zusammen, um den Widerstand einheitlich zu organisieren.



3. Der chilenische Widerstand äußert sich auf verschiedenen Ebenen. Einerseits gibt es weiterhin bewaffnete Aktionen, wie Angriffe auf Polizeistationen und Kasernen zur Waffenbeschaffung und Versuche Radiostationen zu besetzen und aus diesen zu senden. Obwohl man nicht genau absehen kann, ab diese Aktionen bereits innerhalb eines strategischen Planes geschehen, sind sie für die Beschaffung von Waffen und zur Aufrechterhaltung der Moral von großer Bedeutung und werden das auch in der nächsten Zeit sein. Bis heute hat die Junta erst ein Drittel der Waffenlager entdeckt, mit denen sich das chilenische Volk und seine Organisationen auf den Widerstand vorbereitet haben.

Andererseits hat es Massenaktionen, wie etwa den Bauar-

beiterstreik und die Blockierung der Eisenbahnen unmittelbar nach dem Putsch gegeben, und es ist den im Untergrund kämpfenden Genossen gelungen, eine Zeitung als Organ des Widerstandes zu schaffen, die regelmäßig erscheint und vertrieben wird.

Der Widerstand in Chile findet heute unter schwersten Bedingungen statt, und es wird ohne Zweifel einige Zeit dauern, bis die Organisation so weit fortgeschritten ist, daß sie eine echte Gefährdung für die Junta bedeutet. Aber es hat sich gezeigt, daß das Bewußtsein der chilenischen Arbeiterklasse auch nicht durch die brutalsten Methoden zu zerschlagen ist.

Kurt Langbein, Ronny Pohoryles

Vor dem Putsch

In der Sondernummer der "aspekte" im Oktober 1973 über die Ereignisse in Chile, kritisierten wir einige Aspekte der Politik der Unidad Popular. Wir hüteten uns aber in eine Schwarz-Weiß-Malerei zu verfallen, mit der Politik der UP den "Bankrott des Reformismus" endgültig zu entlarven und auf der anderen Seite den MIR als makellos revolutionär zu beschwören. Solche Einschätzungen beruhen weniger auf der Kenntnis der chilenischen Situation als viel mehr auf dem Wunsch sich selbst wieder einmal beweihräuchern zu dürfen. Die KP machte genug Fehler, daß man ihr nicht noch mehr aufhalsen muß. Der MIR gebührt ein hervorragender Platz beim Vorantreiben des revolutionären Prozesses, daher soll man auch ruhig über ihren linksradikalen Voluntarismus reden.

Wie im folgenden Interview illustriert wird, bestanden zwar bedeutende strategische Gegensätze zwischen den linken Parteien, sie erreichten aber nicht das Ausmaß, wie es uns auf der einen Seite die KPÖ und auf der anderen Seite die selbsternannten Jünger der MIR weismachen wollen. Das Problem der Verbindung und Ausnützung der Legalität und Mobilisierung der Massen wurde von KP-Seite nicht plump legalistisch gelöst, obwohl sie sicherlich in der Gewichtung der beiden Ebenen die Masseninitiativen unterschätzte. Der MIR wiederum unterschätzte die Bedeutung der Legalität im Bewußtsein eines Großteils des chilenischen Volkes. Wenn es nach der MIR gegangen wäre, wäre sofort das Parlament aufgelöst worden und der Kampf gegen das gesamte Kapital aufgenommen worden (auch gegen Mittel- und Kleinkapital). Der Bürgerkrieg wäre um einige Zeit früher ausgebrochen, nur daß die Arbeiterklasse und Bauernschaft dazu noch schlechter als heute ideologisch und materiell vorbereitet gewesen wäre.

Interessant ist auch, daß die Rolle der Streitkräfte von den Vertretern der KP, PS und MIR ähnlich eingeschätzt wird, in der politischen Ausrichtung gibt es aber erhebliche Unterschiede.

Als Illustration drucken wir Auszüge eines Interviews der Zeitung "Chile Hoy" ab. Dieses Interview fand kurz nach dem Putschversuch vom 29. Juni 1973, der niedergeschlagen werden konnte, statt. Es wurden von der Zeitschrift Juan Olivares (MIR, Präsident des Comando Comunal Estación Central), Hernán Ortega (SP, Präsident des Córdon Industrial Cerrillos) und Gustav Cerda (KP, Leiter des lokalen Komitees Maipo und Industrial) interviewt.

Frage: Wie verstehen Sie den Kampf gegen den Bürgerkrieg?

Olivares: Ganz allgemein gesagt, muß er vermieden werden, und sollte er vom Bürgertum trotzdem entfacht werden, muß er gewonnen werden. In beiden Fällen muß das Volk in die Offensive gehen. Wir müssen die ganze Kraft der Massen vereinigen. Dies wird durch ein revolutionäres Programm, das die dringenden Probleme des Volkes reflektiert, erreicht. Der Entwicklung muß eine politische Perspektive gegeben werden. Diese Zusammenfassung aller Kräfte spiegelt sich auch im Poder Popular wieder.

Ortega: Wir sind uns einig, daß es nicht an uns liegt, wenn ein Bürgerkrieg entfacht wird. Wir glauben jedoch, daß eine der wirksamsten Waffen zur Verhinderung dieses Bürgerkrieges in der Organisation der Arbeiterklasse liegt, die allein

in der Lage ist, diese Gefahr noch vor ihrer Entstehung zu bannen. Hierfür ist das gemeinsame Handeln durch den Staatsapparat mit der Unterstützung der Basisorganisationen notwendig. Wir sind der Meinung, daß die Regierung die legalen Mechanismen gegen den Faschismus voll ausnützen sollte, wobei die volle Unterstützung durch die Arbeiterklasse breiten Raum einnehmen sollte. Konkret gesagt glaube ich, daß sich auf den Sieg vorbereiten die beste Weise ist, den Zivilkrieg aufzuhalten.

Cerda: Wir stimmen darin überein, daß die Regierung alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel und die ganze Kraft der Gesetze gegen die faschistischen Gruppen einsetzen muß. Wir sind sicher, daß es in diesem Land genügend Kräfte gibt, die sich gegen den Ausbruch des Zivilkrieges zusammenschließen.

Wir glauben weiterhin, daß die demokratischen Kräfte die Mehrheit darstellen und deshalb sagen wir, daß man die Arbeiterklasse und das gesamte Volk gegen den Bürgerkrieg vereinigen muß, um in Chile antifaschistische Komitees aufzubauen.

...

Frage: Wie schätzen Sie die Rolle der Streitkräfte in diesem Konflikt ein?

Olivares: Wir glauben, daß die Streitkräfte in diesem Konflikt an der Seite des Volkes und der Interessen der Arbeiterklasse stehen sollten, da die reaktionären Kräfte mit diesem Konflikt die Regierung stürzen wollen, um sie durch eine Diktatur zu ersetzen. Die reaktionären Offiziere sollten unseren Erachtens nicht nur denunziert, sondern entlarvt und isoliert werden. Außerdem sollten die Probleme Offiziere in einem Aufruf der ehrlichen und progressiven Teile des Offizierskorps an Unteroffiziere und Soldaten dargelegt werden, damit sich diese an die Seite des Volkes stellen. Und dies erfordert ein konkretes Programm.

Cerda: Mir scheint, daß die Streitkräfte schon durch ihre professionelle und verfassungsmäßige Rolle für diese Verfassung sind, die heutzutage durch die Regierung repräsentiert wird. Wir sehen in diesem Zusammenhang auch die Gefahr der Bemühungen der Reaktionäre, sie von diesem Standpunkt abzubringen. Doch wir haben Vertrauen, daß sie in diesem Prozeß auf der Seite des Volkes stehen werden.

Ortega: Ich möchte der zuletzt geäußerten Meinung noch hinzufügen, daß es einige reaktionäre Offiziere gibt, die seit Beginn der UP-Regierung ihre politische Positionen in die Streitkräfte eingebracht haben. Wir glauben deshalb an die ständige Analyse der Kräfteverhältnisse innerhalb der Streitkräfte, um zu verhindern, daß Teile ihnen zur Durchsetzung reaktionärer Interessen mißbraucht werden.

Frage: Was halten Sie vom Verhalten der Regierung gegenüber der Reaktion?

Olivares: Wir glauben, daß in der letzten Zeit die Regierung eine zu schwache und defensive Haltung gegenüber der Reaktion eingenommen hat. Diese Haltung hat zur Demobilisierung und Entwaffnung der Massen gegenüber der Reaktion beigetragen. Obwohl wir in der letzten Zeit auch eine gewisse Konsolidierung ihrer Position beobachten, kann man diese jedoch nur als recht schwach und wenig effektiv bezeichnen, da sie nicht mit einer Offensive der Arbeiter zusammenfällt. Wir wissen durch Erfahrung, daß eine Offensive der Regierung ohne den Massen, die Bourgeoisie kaum erschrecken kann.

Ortega: Ausgehend von den politischen Gegebenheiten, die Chile heute durchlebt, glauben wir an die Notwendigkeit einer Politik der "starken Hand" der Regierung gegenüber der Reaktion. Es ist natürlich notwendig auf die Beschränkungen

gezeigt hat, und wir sind sicher, daß sie mit genug Kraft und Unterstützung der Arbeiterklasse rechnen kann, um das Gesetz gegen die reaktionären Kräfte, die das Land in einen Bürgerkrieg stürzen wollen, anzuwenden. Die Regierung muß energischer gegen Gruppen wie "Patria y Libertad" (Vaterland und Freiheit) vorgehen. Hierzu wird sie mit der vollen Unterstützung der Arbeiterklasse rechnen können.

Frage: Welche Rolle sollte, bei dieser konsequenteren Politik der Regierung, der Massenbewegung zufallen?

Cerda: Sie sollte grundsätzlich die der breiteren Mobilisierung der Bevölkerung sein. Die Artikulation der Massen auf den Straßen, deren volle Unterstützung für die Regierung, gibt dieser die notwendige Kraft, um Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. Wir dürfen nicht zulassen, daß vor den Augen des Volkes weiterhin Sabotageakte verübt und unsere Interessen einfach überfahren werden: Wir sehen hier eine bisherige Schwäche der Regierung und glauben deshalb, daß sich die Arbeiterklasse entschieden ausdrücken muß, damit ihre Meinung innerhalb dieser Regierung noch gewichtiger wird. Die Arbeiterklasse wird sich entschieden durch die neu aufgebauten Organisationen und durch die Massenmobilisierung auf der Straße ausdrücken.

Ortega: Ich stimme mit meinem Vorredner überein, in dem Sinne, daß die Massen eine gewichtigere Rolle, und dies nicht nur in der Bestimmung des Kampfes gegen den Faschismus einnehmen müssen; sie müssen den Regierungsapparat verstärkt die politischen Ziele der Arbeiterbewegung Chiles aufprägen. Auch sollte die Massenbewegung der Regierung beweisen, was diese bis jetzt anscheinend nicht gebührend beachtet hat, nämlich daß sie durch die Unterstützung der Arbeiterklasse die wichtigste Kraft für das Vorankommen der chilenischen Revolution kontrolliert. Wir glauben weiterhin, daß neben den gewaltigen Demonstrationen der Massenbewegung diese im verstärkten Maße gegen die Aktionen der Bourgeoisie vorgehen sollte, womit neue Wege bei der Erlangung der Macht eröffnet werden und die chilenische Revolution voranschreiten kann.

Olivares: Vor allem kann die konsequente Haltung der Regierung nur eine gewichtige Rolle spielen, wenn sie direkt in der Mobilisierung des Volkes, die sich in dessen unabhängigen Klassenorganen, wie der "Poder Popular" darstellt, verankert ist und sich hinter ein Programm stellt, daß die Gesamtheit des Volkes mit sich reißt.

Frage: Sprechen wir nun von der Rolle der "Comandos Comunales" und der CUT (Einheitsgewerkschaft) in dieser Etappe.

Cerda: Wir glauben, daß die "Comandos Comunales" den organischen Ausdruck der Organisation der Arbeiterklasse in ihren Basisorganisationen darstellen. Ähnlich verhält es sich

wir in ihr die höchste Organisation der Arbeiterklasse, die es jedoch leider noch nicht geschafft hat, ihre interne Organisation mehr den heutigen Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse anzupassen.

Ortega: Im Zusammenhang mit der vorhin gestellten Frage über die Rolle der Massen sehen wir in den Comandos Comunales die Organe, denen die allerwichtigste Rolle der Vereinigung der Arbeiterklasse und aller ihrer Verbündeten zukommt, die alle zusammen als Klasse, Träger und Anführer der neuen Politik sein müssen. Wir glauben, daß es der Einheitsgewerkschaft nicht gelungen ist, die Rolle im Prozeß auszuführen, die ihr eigentlich zustehen müßte, gerade was die Belegung der Organisation und Mobilisierung der Arbeiterklasse und die Reaktionsfähigkeit bei der Geschwindigkeit der Entwicklung dieses Prozesses angeht. Im gleichen Maße, in dem die Arbeiterklasse die Politik der Regierung verändert, gerade was den endgültigen Abbruch des Dialoges mit der Opposition anbetrifft, müssen die weiteren politischen Ziele klar aufgezeichnet werden. Ich glaube, daß dies durch eine Einheitsgewerkschaft geschehen muß. Es ist an der Zeit, daß diese die ihr zustehende Rolle als unabhängige Organisation der Arbeiterklasse die die Regierung stützt und stärkt, endlich übernimmt, und ihrer Politik die endgültige Eroberung der Macht zugrundelegt, um aus dieser Position heraus die nächsten Aufgaben zu bestimmen.

Olivares: Was die Rolle der Comandos Populares angeht, sehen wir in ihnen die Grundlagen der Demokratie des Volkes und der Arbeiterklasse. Als solche sind sie die wichtigsten Organe des Volkes die seine Forderungen und Probleme zusammenfassen und ihnen die Richtung wiesen, das Volk in die Offensive stellen und der Reaktion ein Ende setzen. Was die Einheitsgewerkschaft anbetrifft, glauben wir, daß sie bisher schwerwiegende Mängel aufgewiesen hat, da sie den offensiven und breiten Forderungen der Massenbewegung nicht entsprechen könne. In diesen Zusammenhang glauben wir, daß der Einheitsgewerkschaft eine wichtige Rolle im Vorantreiben der Kämpfe der Arbeiter zukommen müßte, gerade unter dem Gesichtspunkt der politischen Führung. Konkret sollte sie zur Entstehung und Stärkung der Comandos Comunales, als unabhängige Organisation der Arbeiterklasse und des Volkes ihr möglichstes beitragen.

Zur Einschätzung der Unidad Popular

(aus Lateinamerika heute, Oktober 1973)

Die UP muß als ein Produkt des revolutionären Prozesses in Chile, wie er sich in einem bestimmten Augenblick seiner Entwicklung darstellte, angesehen werden. Die Schaffung der UP bremste diesen Prozeß nicht, ganz im Gegenteil, dieser entwickelte sich dergestalt weiter, daß breite Sektoren der Volksmassen anfangen, ihre Illusionen bezüglich eines reformistischen Weges, welche sich mit der UP verbunden hatten, aufzugeben und zu überwinden. Das Erscheinen der UP machte es möglich, daß die falschen Voraussetzungen, von denen ihre reformistische Führung ausgegangen war, vor den Augen der Volksmasse deutlich zu werden begannen, und diese zunehmend die Notwendigkeit begriffen, die konsequent revolutionären Parteien zu stärken. Vom Standpunkt des sich entwickelnden revolutionären Prozesses aus gesehen ist die Schaffung der UP als ein Schritt vorwärts, eine historisch notwendige Bedingung für die Überwindung ihrer selbst gewesen.

Was die jetzige Offensive der Reaktion betrifft, so ist sie nur sekundär als die Konsequenz der Schwäche und des Reformismus der UP anzusehen, primär ist sie die Antwort des Imperialismus und der chilenischen Oligarchie auf die schnelle Entwicklung des revolutionären Prozesses unter den Kampfbedingungen, welche im Laufe der Regierungszeit der UP geschaffen wurden, und zwar trotz all ihrer Fehler und trotz ihrer reformistischen Strategie. Die brutale Repression des Imperialismus und der Oligarchie wie auch deren momentaner Sieg sind in erster Linie die Konsequenz bzw. die Antwort der Reaktion auf die Stärkung des revolutionären Prozesses in Chile und können erst in zweiter Linie als eine Folge seiner Schwächen angesehen werden. Diese Unterscheidung ist unerlässlich, will man den solidarischen Charakter der an der UP geübten Kritik sicherstellen. Denn diese Kritik muß von einem revolutionären, zugleich aber auch solidarischen Standpunkt aus gemacht werden. Bei aller berechtigten Kritik an der UP, darf keinen Augenblick vergessen werden, daß nicht die falsche strategische Konzeption führender Kräfte in der UP sondern der Vorstoß der imperialistischen und oligarchischen Reaktion die Hauptursache für das ist, was zur Zeit in Chile geschieht. Mit anderen Worten muß man zwar den Reformismus der UP kritisieren, ohne dabei aber in den Fehler zu verfallen, die UP in ihrer Gesamtheit als objektiv notwendige Etappe des sich entwickelnden revolutionären Prozesses zu negieren. Die Kritik an der UP muß darauf gerichtet sein, die von ihr gemachten Fehler zu überwinden, Ziel dieser Kritik darf es aber nicht sein, die UP als Ganzes zu negieren.

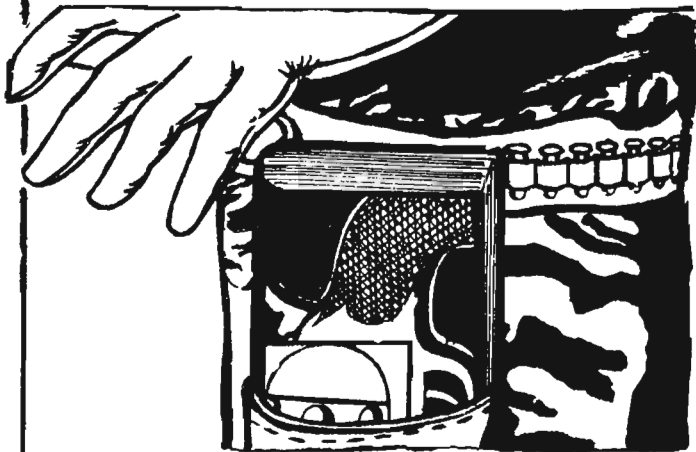
Der MIR gewährte der UP, ohne sich an ihr zu beteiligen, "kritische Unterstützung". Mit den linken Sektoren der UP



hatte die MIR vieles gemeinsam: Beide glaubten nicht an die Möglichkeit eines legalen Weges zum Sozialismus, wollten die Legalität aber taktisch nutzen als ein Instrument zur Schaffung und Stärkung der Poder Popular. Gemeinsam stellten die genannten revolutionären Sektoren der UP und der MIR eine reale (und nicht abstrakte) revolutionäre Alternative dar, indem sie den realen Revolutionsprozeß, wie er sich in einer konkreten Phase seiner Entwicklung in der UP kristallisiert hatte, zum Ausgangspunkt nahmen. Wer die Notwendigkeit der "kritischen Unterstützung" der UP dagegen nicht erkannte und die UP stattdessen global ablehnte, war die PCR (revolutionäre kommunistische Partei, Trotzisten).

Wie schon ausgeführt begannen sich im Laufe der Regierungszeit der UP bereits die Bedingungen für eine Überwindung der UP selbst herauszubilden: Die chilenischen Massen begannen, sich von ihren reformistischen Führern zu lösen und den Parolen der konsequent revolutionären Organisationen Folge zu leisten, so daß sich für die linken Sektoren der UP und für den MIR seit März 1973 die Möglichkeit und die Notwendigkeit ergaben, mit dem Ziel, eine einheitliche "Partei der Revolution" zu gründen, Verhandlungen aufzunehmen. Der Kampf gegen den Reformismus der UP-Führung hätte sich unter solchen Umständen effektiver gestalten lassen. Sie lehnten es aber keineswegs von vornherein ab, eine taktische Allianz mit den reformistischen Sektoren der UP einzugehen, sie lehnten also nicht global jede Form einer Einheitsfront grundsätzlich ab, sondern machten es sich zum Ziel, selbst die Führung der UP zu übernehmen. Wäre das zu realisieren gewesen, was natürlich eine gewisse Zeit erfordert hätte, so hätte sich der Charakter der UP radikal gewandelt, und eine neue Phase des revolutionären Prozesses hätte begonnen, eine Phase, in deren Verlauf das sozialistische Proletariat die Führung der antioligarchischen antiimperialistischen Einheitsfront übernommen hätte. Solches wäre im Jahre 1970, zur Zeit der Gründung der UP, noch gar nicht möglich gewesen, denn zu jenem Zeitpunkt waren die Volksmassen noch weitgehend in reformistischen Illusionen verhaftet, wie sie von den herrschenden Klassen unter Ausnutzung aller ihnen zur Verfügung stehenden Massenkommunikationsmedien seit Generationen propagiert worden waren. Als effektivste Form der Bekämpfung des Reformismus in der UP sowie der Ersetzung ihrer legalistischen Führung durch eine konsequent revolutionäre erwies sich aus diesem Grunde die Entfaltung des Kampfes an der Basis, innerhalb der Massenbewegung. Der reale Stand des proletarischen Bewußtseins und des Klassenkampfes durfte nicht negiert werden, vielmehr mußte gerade daran angeknüpft werden, Der Reformismus der UP sollte ja nicht nur von der revolutionären Avantgarde überwunden werden, sondern von der großen Mehrheit der Volksmassen, dies galt es zu erreichen. Nur so, vom Inneren des revolutionären Prozesses her, d. h. durch eine kritische Unterstützung der UP und nicht durch ihre offene Bekämpfung, bestand eine Möglichkeit, ihre bürgerlich-reformistische Führung zu besiegen und durch eine proletarisch-sozialistische zu ersetzen.

BOOK POWER



1010 WIEN



BRIGITTE HERRMANN

GRÜNANGERGASSE 1

52 77 06



HEINZ KOLISCH

LIEBIGGASSE 9

43 32 21

Solidaritätsbewegung in Wien

Unmittelbar nach dem Putsch in Chile kam es in Wien zu einer Zusammenkunft aller antiimperialistischen und fortschrittlichen Organisationen, um eine Solidaritätsdemonstration zu organisieren. Da die an die SPÖ und KPÖ angeschlossenen Organisationen die politische Übereinstimmung mit der Politik der Unidad Popular zur Grundlage eines gemeinsamen Aufrufes machen wollten und die Solidarität nur auf die in der UP zusammengeschlossenen Kräfte der Arbeiterbewegung beschränkten, konnte es zu keiner Einigung kommen und es gab in der Folge zwei von einander unabhängige Demonstrationen.

Um diese für die Solidaritätsbewegung äußerst schädliche Aufsplitterung zu überwinden, nahmen die Organisationen, die die Initiative zur Bildung des "Komitees zur Unterstützung des chilenischen Widerstands" ergriffen haben, auch an einer späteren Sitzung teil, zu der die KP- und SP-Organisationen mit dem Ziel der Bildung eines Chile-Komitees aufgerufen haben, obwohl die meisten von ihnen dazu nicht einmal eingeladen worden waren.

Wir wiesen dabei auf die Notwendigkeit der Einheit im antiimperialistischen Kampf im Interesse des chilenischen Widerstandes hin und legten einen Plattformentwurf für das zu bildende Komitee vor. Die Vertreter der KP- und SP-Organisationen lehnten jede Diskussion ab und forderten uns auf, die Sitzung zu verlassen. Ausdrücklich schlossen sie alle außerhalb der UP-Regierung stehenden revolutionären Kräfte des chilenischen Volkes von der Solidarität aus und verlangten neuerdings eine ausdrückliche Gutheißung der Politik der UP. Demgegenüber vertraten wir den Standpunkt, Basis des Komitees müsse die Solidarität mit allen von der Junta verfolgten antiimperialistischen und antikapitalistischen Kräften, sowie die Unterstützung des bestehenden bewaffneten Widerstands in seinem Kampf für den Sturz der Junta und für den Sozialismus, sein.

Diese ultimativ vorgetragene Einengung der Solidarität durch KP/SP verunmöglichte die Bildung eines gemeinsamen Komitees.

In der "Volksstimme" vom 21. November wurde nun die Bildung einer "Chile-Solidaritätsfront" auf der Basis des von der SP- und KP-Organisationen verfaßten Demonstrationaufrufs von Mitte September bekanntgegeben.

Diese Entwicklung ist äußerst negativ und wir hoffen, daß die einengende Haltung der Gründer der "Solidaritätsfront" nicht endgültig ist. Was uns betrifft, so sind wir bereit, Aktionen zu setzen, die einer Zementierung der Spaltung entgegenwirken und auf der Grundlage der Solidarität mit allen Gruppen und Kräften des chilenischen Widerstands einen Prozeß der Vereinheitlichung beider Komitees anzustreben.

Das Komitee zur Unterstützung des chilenischen Widerstands sieht es als seine Aufgabe an, auf Grundlage der vorliegenden Plattform in ganz Österreich Basiskomitees zu initiieren, um eine breitest-mögliche Solidarität hervorzurufen. Wir fordern alle fortschrittlichen Organisationen und antiimperialistisch denkenden Personen auf, dem Komitee sich anzuschließen und es nach Kräften zu unterstützen.

Neben massiver Information über die Bedingung des Kampfes in Chile, der Verteidigung der politischen Gefangenen und der politischen und materiellen Unterstützung des revolutionären Kampfes in Chile, gilt es vor allem, auf den ÖGB und die österreichische Bundesregierung Druck auszuüben. Wir fordern Kampfmaßnahmen des ÖGB zu Verhinderung jeder ökonomischer Unterstützung der Junta! Die Gewerkschaft muß sich aktiv an der Kampagne zur Unterstützung des chilenischen Widerstands beteiligen!

Was die Kreisky-Regierung betrifft, so hält sie weiter diplomatische Beziehungen zur Junta aufrecht.

Wir fordern:

ABBRUCH DER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN ZUR JUNTA!

KEINERLEI ÖKONOMISCHE HILFE FÜR DIE PUTSCHISTEN DURCH DIE ÖSTERREICHISCHE WIRTSCHAFT!

NIEDER MIT DER DIKTATUR DER JUNTA!

SOLIDARITÄT MIT DEM BEWAFFNETEN WIDERSTAND DES CHILENISCHEN VOLKES!

FÜR DEN SIEG DER SOZIALISTISCHEN REVOLUTION IN CHILE!

Aktivitäten

Das Komitee zur Unterstützung des chilenischen Widerstands hat inzwischen neben anderen Aktivitäten eine Großveranstaltung organisiert, SECHS STUNDEN FÜR CHILE! Unter diesem Aufruf wurde am 15. Dezember 1973 im Albert-Schweitzer-Haus ein Programm geboten, das neben Referaten, Ansprachen von Vertretern der chilenischen Flüchtlinge in Wien und der MIR und einer Podiumsdiskussion, lateinamerikanischer Folklore und andere Attraktionen bot. An der Veranstaltung nahmen rund 800 Personen teil. Es konnte die ansehnliche Nettosumme von 15.000 Schilling für den Solidaritätsfonds gesammelt werden. Das Komitee plant eine weitere Großveranstaltung mit einem bekannten lateinamerikanischen Protestsänger Mitte Februar.

Kontaktdressen: Schottengasse 3a/1/59, 1010 Wien
Tel.: 66 12 07/63 80 653
Lindengasse 32/15, 1070 Wien
Tel.: 93 42 75/74
Hugo
Tel.: 46 35 655

Plenum: Jeden Mittwoch 19 Uhr in der Lindengasse 32/15

Das Komitee fordert alle antiimperialistischen und fortschrittlichen Menschen zur Mitarbeit und zur materiellen Unterstützung des chilenischen Widerstands auf. Es wird ersucht, Spenden auf das Konto 610 451 403 ("Solidaritätskomitee für Chile") bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zu überweisen.

Die Entwicklung im Nahen Osten

Folgende Anmerkungen wollen die in der Stellungnahme der FÖJ-Bewegung für Sozialismus zur jüngsten Entwicklung im Nah-Ost-Konflikt teils angerissenen, teils nur angedeuteten Fragen samt möglichen Antworten ausführlicher zur Diskussion stellen.

VIERTER NAH-OST-KRIEG

Seit dem Waffenstillstand von 1967 (Sechstage-Krieg) wurde von ägyptischer Seite eine Strategie der diplomatischen Offensiven einerseits und der intensiven militärischen Vorbereitung auf einen neuerlichen Waffengang andererseits öffentlich vorangetrieben. Beide Momente einer breit angelegten Kampagne, welche die stille Einverleibung der von Israel 1967 annektierten Gebiete verhindern sollte, wurden sowohl von Israel, als auch von seinen Verbündeten, voran der US-Imperialismus und die westlichen Massenmedien, als Gesten der Ohnmacht ausgelegt. Mit fast dramaturgischer Präzision wurde einer eher gelangweilten Weltöffentlichkeit die Fruchtlosigkeit diplomatischer Bemühungen um die Durchsetzung der UNO-Resolution und etlicher Entschließungen, welche Israel zur Räumung der besetzten Gebiete aufforderten, vor Augen geführt. Es begann eine wohlvorbereitete militärische Operation an zwei Fronten, am Suezkanal und an den Golanhöhen (ägyptische und syrische Grenze nach dem Waffenstillstandsabkommen 1967), die Israel unvorbereitet traf. Die erfolgreiche Überraschung Israels ist Resultat seiner eigenen arroganten Haltung gegenüber der arabischen militärischen Stärke und der Unterschätzung der Wirksamkeit sowjetischer Waffen und ihrer Bedienbarkeit durch arabische Kader.

Der Verlust an Menschen und Material, wie es im Militärgargon heißt, war sehr groß; aber das erste Mal waren sie auch auf israelischer Seite groß. Was immer also die militärischen Ausgangspositionen nach dem neuerlichen Waffenstillstand auf beiden Seiten sein mögen: Israel ist aus dem vierten Nah-Ost-Krieg (der allerdings sehr bald seine Fortsetzung finden könnte) mehrfach angeschlagen hervorgegangen: moralisch, ökonomisch, militärisch, diplomatisch und politisch.

a) Dahin ist das in den israelischen Massen hochgezüchtete Gefühl der Selbstherrlichkeit und Unbesiegbarkeit, das mit dem Schlagwort "David-Mythos" gekennzeichnet werden könnte. Ausgeblieben sind zusätzlich die schrillen chauvinistischen und religiös-islamischen Propagandaparen (von einigen unwesentlichen Ausnahmen abgesehen) der arabischen Staaten, die sich bis jetzt noch immer als die beste israelische Durchhaltepropaganda ausgewirkt hatten.

b) Der andauernde Zustand der vollen Mobilisierung kostet Israels Wirtschaft täglich enorme Summen. Die drastischen staatlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage müssen auf

den Rücken der arbeitenden Bevölkerung abgewälzt werden. Schon vor dem Ausbruch des Krieges häuften sich nach langen Jahren die Streiks, die auf die rapide Verschlechterung der materiellen Lage der israelischen Arbeiterschaft hinweisen.

c) Israel hat in der letzten Phase der kriegerischen Auseinandersetzungen unter dem Eindruck der verheerenden Wirkung sowjetischer Abwehrraketen, die Israels Luftwaffe und Panzerbrigaden die größten Verluste zugefügt hatten, die modernsten, bis dahin nichterprobten US-Waffen zum Einsatz erhalten. Das kann aber den bisherigen durchschlagenden Vorteil Israels, nämlich technisch besser gerüstet und beschlagen zu sein, das Geheimnis seiner andauernden Erfolge bis zum letzten Krieg, nicht mehr voll wettmachen. Die numerische Überlegenheit der arabischen Armeen und des Hinterlands in der Produktion wird zum ersten Mal zum ein-kalkulierbaren Faktor in den Kräfteverhältnissen.

d) Unter dem Druck des begrenzten Ölboikotts, hat sich die diplomatische Position Israels international schlagartig verschlechtert. Nach der Erklärung der Europäischen Gemeinschaft, mußte sich Japan und dann Holland zu selbstdemütigenden Bekenntnissen zur politischen und wirtschaftlichen Neutralität gegenüber Israel und dessen Politik aufraffen. Auch in den Massenmedien wird der Ton gegenüber der arabischen Sache etwas höflicher und zurückhaltender. Die international organisierte Entrüstungskampagne gegen den Beschluß der Kreisky-Regierung, Schönau aufzulösen, wird sich so bald nicht mehr wiederholen lassen.

e) Schließlich hat sich die innenpolitische Situation in Israel wie noch nie seit der "Staatsgründung" polarisiert. Sich gegenseitig befehrende Militärs und mit gegenseitigen Anschuldigungen sich überhäufende Parteien, in sich selbst zerrissen, vertiefen den Graben zwischen den "Realpolitikern" und den Verfechtern eines offenen und aggressiven Expansionismus, die alle zwar nach wie vor dasselbe wollen (die Erhaltung der gegenwärtigen Strukturen des zionistischen Staates Israel und seiner territorialen Ausdehnung auf Kosten der arabischen Nationen), aber in der Durchsetzung dieser Politik bedeutende Meinungsverschiedenheiten haben.

Die ungeheuren Waffenlieferungen seitens des US-Imperialismus und der Sowjetunion haben diese Großmächte zu Gefangenen ihrer eigenen Politik gemacht. Diese Politik beruht zweifelsohne auf beiden Seiten auf durchwegs großmachtpolitischen Positionen, auf in den Einflußsphären absichernden Interessen. Aber gerade die "Gemeinsamkeit" ihrer Absichten treibt sie über die Gegensätze und über die Köpfe ihrer "Schützlinge" hinweg zum üblichen Zusammenspiel, zum gewohnten Arrangement. Das gewiß zu ihrem gegenseitigen Vorteil. Es führt zum relativen bzw. absoluten Nachteil aller di-

rekt am Nah-Ost-Konflikt beteiligten Kräfte, vor allem aber des palästinensischen Volkes. Im Nahen Osten scheinen die Zeiten, da fremde (Kolonial)Mächte eine Politik der "Mandate" getrieben haben, voll wiederaufzuleben.

DIE PALÄSTINENSISCHE REVOLUTION

Tatsächlich war das am meisten frappierende Bild beim vierten Nah-Ost-Krieg die weitestgehende politische und militärische Abwesenheit der Palästinenser. Um sie geht es im Nah-Ost-Konflikt, und sie waren es schließlich, die diese vollkommen versteinerte politische Landschaft der arabischen Länder gegenüber Israel und dem US-Imperialismus durch neue Konzepte politischer und militärischer Intervention mit Oasen der Hoffnung belebt hatten. Gegenüber dem islamisch-chauvinistischen Konzept, dem berühmten "Heiligen Krieg" führten sie Argumente ins Treffen, die aus der Analyse der historischen und ökonomischen Faktoren im Nahen Osten abgeleitet, wissenschaftlich-materialistisch ausgewiesen und mit einer fortschrittlichen, ja revolutionären sozialistischen Perspektive versehen waren. Sie propagieren den Weg der Errichtung eines demokratischen nicht-konfessionellen Staates in Palästina, in dem Juden und Araber ohne Diskriminierungen friedlich nebeneinander leben sollten. Und sie sagten, daß dieser Weg nur gangbar sein, wenn er über die arabische Revolution führe, über die Beseitigung der rückschrittlichen Produktionsverhältnisse im arabischen Raum, die eine radikale Demokratisierung der arabischen Klassenstaaten zur Folge haben würde. Zwischen zwei Mühlsteinen, dem Zionismus und der arabischen Reaktion erkannten sie am deutlichsten das eigentliche Dilemma ihrer und der arabischen Sache: daß der Zionismus seine dauerhaftesten Erfolge direkt seinem angeblichen Todfeind, einer unheiligen Allianz von kleinbürgerlich-nationalistischen, offen reaktionären, halbfeudal-totalitären, technokratisch-chauvinistischen und bürokratisch erstarrten "sozialistischen" Regimen verdankt, die in Wahrheit ihre eigenen Sorgen und Probleme mit den Befreiungsbestrebungen der arabischen Völker einmal mit dem "antizionistischen" Kampf, das andere Mal, wenn es nicht eleganter ging, mit der Liquidierung der sozialistischen und kommunistischen Kader oder eben der Palästinenser selbst (das Massaker Husseins im September 1970 in Jordanien) zu lösen versuchten. Die Palästinensische Revolution "erschrak" immer wieder "vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke"*, für die sie öfter in arabischer "Freiheit" als in "zionistischer Knechtschaft" einen Blutzoll entrichten mußten. Die Krise der Palästinensischen Revolution, die die Krise der Arabischen Revolution signalisiert, wurde durch die Teilerfolge Ägyptens und seiner Verbündeten im vierten Nah-Ost-Krieg nur noch verschärft.

Eines der untrüglichen Kennzeichen der Krise der Palästinensischen Revolution war die Verlegung ihres Einsatzterrains auf die Flughäfen der kapitalistischen und imperialistischen Länder. Jene abenteuerliche Politik des Terrorismus, die gewiß nicht von den legitimen Organisationen der Palästinenser, und auch nicht von den palästinensischen Massen gutgeheißen wird, der sie jedoch nichts entgegenzusetzen wissen. Diese

* Marx/Engels Werke, Band 8, Seite 118 ff.

Deine Lebensversicherung durch

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 74 302



¡ADELANTE!

**CHILE
IM KAMPF**

Zeitschrift des Komitees
zur Unterstützung des
chilenischen Widerstandes

Nr. 1 Dezember 1973

öS: 5.-
Solidaritätspreis: 10.-

DOKUMENTE DES CHILENISCHEN WIDERSTANDES

Inhalt: editorial/Plattform des Komitees/Erklärung zur Spaltung/Dokumente: Die Position der MAPU/ Aufruf der KPChiles/Die Position der Christlichen Linken/Die Position des MIR/PSR/Die Positionen der Kirche a) Bischöfe b) Missionare/Kalendarium der Entwicklung seit 1970.

Zu beziehen: An den Kontaktadressen des Komitees, bei allen Mitgliedorganisationen und bei den linken Buchhandlungen.

"Politik" bezieht ihre "Logik" außerhalb jeder politischen Logik aus Vorstellungen und Inhalten, die so obskur und absurd sind, wie der Schrecken tief, den sie bei den Betroffenen, meist Unschuldigen, auslösen, und die Schadenfreude groß, die sie bei den Gegnern der Palästinensischen Sache hervorrufen, angesichts des unermeßlichen Schadens, der ihr zugefügt wird.

Trotzdem sollte allen, die den Terrorismus einiger unverantwortlicher Palästinenser ehrlich ablehnen, dringend in Erinnerung gerufen werden, daß jede Sekunde der US-Aggression in Vietnam weitaus apokalyptischer war und millionenfach intensiver Schrecken, Abscheu und Haß hätte hervorrufen müssen bei allen, die sich aus welchen Motiven auch immer über die Terroranschläge Verzweifelter entrüsten.

Sollten bei den geplanten Genfer Verhandlungen unter symbolischer Teilnahme der Palästinenser eine "territoriale" Lösung des Palästinaproblems (Errichtung eines eigenen Palästinenserstaates) erzielt werden, wird die revolutionäre Dimension des nationalen Befreiungskampfes der arabischen Völker mit einem pompösen "Staats"-Begräbnis für lange Zeit ins Grab gelegt werden.

ÖL ALS POLITISCHE WAFFE, DIE "MULTINATIONALEN" KONZERNE UND DIE KRISE DES IMPERIALISMUS

Die erstaunliche Wirkung nach Bekanntgabe des beschränkten Erdölboykotts durch die arabischen Förderländer in den kapitalistischen Metropolen, läßt ahnen, welche Wirkung diese Waffe in fortschrittlicher Hand haben könnte! Hier wird die mögliche Rolle von fortschrittlichen Teilen einer nationalen Bourgeoisie, exemplarisch vor Augen geführt: der Einsatz des nationalen Reichtums an Rohstoffen gegenüber erpresserischen Versuchen des Imperialismus und Neokolonialismus im allgemeinen. So aber, wie diese Politik im besonderen von den arabischen Förderländern gehandhabt wird, ist sie, was den angeblichen Zweck der Übung betrifft, eine über die allgemeine und eigentliche Krise des Imperialismus symbolisch verschärfende Bedeutung nicht hinausgekommen. Selbst wenn ihre Anwendung sich so dramatisch gestalten würde, wie manche Wirtschaftsexperten es prophezeien. Israel wird auch dann nicht zur Räson kommen oder zur Vernunft gebracht werden können, wenn die europäische Wirtschaft stagniert.

Vorerst aber wird in einem noch nie dagewesenen Ausmaß am Öl profitiert: von den multinationalen Ölkonzernen in stillem Zusammenspiel mit den Herrschern von Saudi-Arabien und Kuwait. Noch war von der Auswirkung des begrenzten Ölboykotts bei den gelieferten Ölmengen nichts zu merken, als der Markt bereits künstlich gedrosselt wurde und die Preise steil nach oben zu klettern begannen. Es wurden Öl und Ölprodukte (Benzin) gehortet - von den Ölgesellschaften. Esso und Shell lieferten sofort nach Bekanntwerden des begrenzten Ölboykotts ihren Pächtern um 15% weniger als sonst. Die Auslastung der Raffineriekapazitäten wurden in der BRD von 84% auf 70-75% reduziert. Über die vollen Tanks und die Ölmengen, die von den Herkunftsländern in Tankern unterwegs sind, wurde von den Mineralölkonzernen jede Auskunft strikt verweigert!

Infolge des Sonntagsfahrverbots und des Rückgangs der Nachfrage bei Autos und Autozubehör wurde sowohl in Holland

als auch in der BRD in verschiedenen Branchen bereits Kurzarbeit eingeführt. In der BRD, aber auch in Österreich wurden die Gastarbeiterquoten gesenkt: soweit nicht vertraglich verpflichtet zur Beschäftigung, wie in der BRD oder im Rahmen der Kontingentierungsabkommen zeitweilig geschützt wie in Österreich, werden die Gastarbeiter als erste aufs Pflaster geworfen. Die Arbeitslosigkeit, die in der BRD für 1974 mit doppelt soviel wie gegenwärtig angenommen wurde, wird aber auch die heimischen Lohnabhängigen in größerem Ausmaß treffen. Lachende Dritte sind die Herren der großen Industriebranchen, die beispielsweise in der BRD demnächst mit saftigen Lohnforderungen konfrontiert werden sollen. Eine weitere Verknappung bei Öl würde sich auf verschiedene Produkte, die aus dem Öl gewonnen werden (Kunstfaser, chemische Erzeugnisse etc.) verheerend auswirken: eine weitere Erhöhung der Preise bei verschiedensten Konsumgütern, also verschärfte Inflation verknüpft mit einer Stagnation der Gesamtwirtschaft, also Arbeitslosigkeit und geringeres Pro-Kopf-Einkommen wären die Folge. (Es wird zur Zeit von 0% bis 3% Wachstumssteigerung für das nächste Jahr gesprochen).

Daß nicht der Ölboykott die große Krise der kapitalistischen Gesellschaft auslösen wird, dafür werden die Ölscheichs selbst sorgen. Bei all ihren flammenden nationalistischen Reden sitzen sie im selben Boot und sind keineswegs daran interessiert, daß es mit ihnen untergeht. Sie haben bereits verkündet, daß sie ihre riesigen Devisenvorräte für Investitionen in den kapitalistischen Ländern einsetzen wollen und daß sie vor allem, was erst abzuwarten wäre, an der Errichtung eigener nationaler Industrien vor allem der Ö raffinerie interessiert sind. Wo Politik Geschäft wird, wird das Geschäft weiterblühen!

Z. P.



Was tut sich in Indochina?

KAMBODSCHA

Optimisten hofften, daß die Beendigung der Bombardierung von Kambodscha am 15. August schnell zu einem Fall von Phnom Penh und Lon Nol führen würde. Das geschah nicht. Jean Claude Pomonti schrieb in Le Monde: "... nach der Beendigung der amerikanischen Bombardierung hatte Kambodscha eine sehr viel ruhigere Woche als Südvietnam nach der Bekanntmachung der Feuereinstellung. So muß man sich nun fragen, ob die Amerikaner nicht im letzten Moment gezwungen worden sind, heimlich über einen Ausweg zu verhandeln." Aber das scheint unwahrscheinlich, angesichts häufiger Berichte von Sihanouk, Penn nouth und anderer Wortführer für die königliche Regierung der nationalen Union von Kambodscha, daß "sie weder mit Lon Nol noch mit seinen Verbündeten noch mit den Amerikanern verhandeln würden".

Eine glaubwürdigere Erklärung wurde von Sihanouk selber in einem Interview am 31. August in Peking abgegeben, veröffentlicht in "The International Herald Tribune":

"Der verbannte Prinz Sihanouk sagte heute, die kambodschanischen Rebellen würden im Dezember einen Gesamtangriff auf Phnom Penh mit direkter Hilfe von Nordvietnam unternehmen. Am 2. September verschob Sihanouk das Datum für eine solche Offensive. Sie würde während der nächsten Trockenzeit stattfinden - zwischen Dezember und Mai 1974. Die Zurückstellung der Offensive scheint auf materielle Probleme zurück zu führen zu sein: 'wir mußten die Pläne für die Attacke zurückstellen, wegen Mangels an schweren Waffen und Munition', sagte er, 'aber jeden Tag sammeln unsere Streitkräfte mehr und mehr Waffen von den Lon Nol Truppen. Jetzt, bei unserer Maßnahme zur Befreiung von Kampong Cham, sind die Waffen, die wir verwenden, amerikanische 105 Haubitzen-Kanonen'."

Sihanouks Bericht ist wertvoll, weil er eine Gelegenheit für eine weltweite Aktion enthält, Nixon und den US-Kongreß davon abzuhalten, eine neuerliche Intervention zu beginnen, und um auf eine Entfernung eines Regimes in Phnom Penh zu drängen, das keinerlei Legitimität mehr besitzt (wenn es je eine hatte), ohne das weitere Vergießen von kambodschanischem Blut und dem Verlust von mehr kambodschanischem Leben.

LAOS

Das Laos-Abkommen enthielt eine viel bessere Basis für die Pathet Lao als die Genfer Verträge von 1954 und 1962; es wird deshalb von dem rechten Flügel der königlichen Regierung von Laos sehr ungem gern gesehen. Bei dieser Situation war ein Putschversuch historisch unvermeidlich. Er wurde von einem ehemaligen General, Thao Ma, geführt, der dabei getötet wurde. Unterdessen dauern die Verhandlungen an, und am 29. August drohte Souvanna Phouma mit dem Rücktritt. Wegen der weiteren Verzögerung der Unterschrift für

das Protokoll des Abkommens beschuldigt Phoumi Vongvichit, der Vertreter der Pathet Lao, bei den Verhandlungen, die Regierung und die USA der Sabotage.

Am 7. September veröffentlichte die Pathet Lao den Text des Protokolles.

SÜDVIETNAM

Bei dem Thema Politik befinden sich die Gespräche in Celle-St.-Cloud in einer Sackgasse. "The third force" (dritte Kraft) organisiert sich, während Thieu sich weigert, ihre Existenz zur Kenntnis zu nehmen. Sie bildet Verbindungen zwischen Gruppen in Paris (z.B. das Komitee für Frieden und Demokratie) und in Saigon. Diese enthalten Vertreter der Opposition und katholische und buddhistische Gruppen, die dort für die Freilassung der politischen Gefangenen eintreten.

WIRTSCHAFT

Die wirtschaftliche Situation in seinem Teil von Südvietnam bereitet Thieu am meisten Kopfschmerzen. Die dortige Inflation ist älter und noch stärker als in den entwickelten Ländern. Sie ist jetzt mehr denn je ein Hauptproblem, weil die enorme Ausgabefähigkeit der amerikanischen Streitkräfte nicht mehr vorhanden ist. Die ökonomische Schwäche zeigt sich auch in der neuerlichen Abwertung des Piasters (2%), der fünften in diesem Jahr.

"WAHLEN"

Thieus Partei erhielt am 26. August 82,5% der "Stimmen". Sogar der BBC sagte, daß das Volk nicht viel Interesse für die Wahlen zeigte, und daß es vorauszusehen sei, daß Thieus Stützer die meisten und wahrscheinlich alle freien Sitze gewinnen würden. Sie taten es.

WIEDERAUFBAU

Eine andere wichtige Frage ist die der Hilfe für Südvietnam. Das Zentrum für Indochina-Hilfe in Washington veröffentlichte darüber eine Brief im Juli: ... es haben sich starke Volksbewegungen gebildet, um das indochinesische Volk beim Wiederaufbau zu unterstützen. Wir müssen fragen, was getan wird, um sicherzugehen, daß die Behörden in Bonn, Paris, Amsterdam etc. den Grundsätzen der Bewegungen folgen und eine strikte humane Politik verfolgen. Wenn sie z.B. sagen, sie warten die Initiative der USA ab, bedeutet das nicht, daß sie wieder einmal der Anhang des amerikanischen Neo-Kolonialismus sind, wenn "Wiederaufbau"-Programme in Gang gesetzt werden? Sind die humanitär orientierten Gruppen in Europa ausreichend über wirtschaftliche und politische Aktivitäten der US-Regierung in Indochina informiert, wann ein bestimmtes Projekt neo-kolonial ist, und wann rechtmäßig?

Die Repression dauert an, weil Thieu ohne sie nicht überleben könnte, und weil er noch immer politische Rückendeckung von Washington erhält. Der pazifische Nachrichtendienst veröffentlichte kürzlich ein Dokument von Michael Klare von der NACLA "Amerikanische Planung für das nächste Vietnam": Die Amerikaner haben die südvietnamesische Gewaltpolitik seit 1954 subventioniert. Allein im letzten Jahr gab die "US-agency for international development" 13,6 Millionen Dollar aus, um Südvietnams Gefängnisssystem auszuweiten. Einige US-Senatoren haben entdeckt, daß die alten Aktivitäten unter anderen Namen beibehalten werden. Senator Edward Kennedy erhob den Vorwurf, daß die Verwaltung eine dauernde Unterstützung für Thiens Polizeiapparat eingerichtet hatte. Eine Prüfung von USAID-Dokumenten ergibt dieses Bild der US-Hilfe für Thiens Polizei:

Unter allgemeine Unterstützung für die öffentliche Verwaltung werden 256.000 Dollar ausgegeben werden, um die Spitzen von Saigons Polizei nach Washington fliegen zu lassen, für eine Schulung an der internationalen Polizeiakademie. Die Akademie hat auch Polizisten für Chile, Uruguay, Brasilien und andere Länder ausgebildet, die von Militärjuntas regiert werden.

THAILAND

Der Fall der Militärdiktatur in Thailand muß begrüßt werden. Es wäre aber unklug, zu optimistisch über einen unmittelbaren Regierungswechsel vis-a-vis den USA und ihren Truppen und Stützpunkten in Bangkok zu sein. Jedenfalls fügt diese Änderung ein neues Element der Unsicherheit in der Süd-Ost-asiatischen Politik hinzu, und wird sicher Präsident Thieu und Lon Nol alarmieren.

(aus "Vietnam International", Oct./Nov. 1973 - Übersetzung Katharina Mertens)

VIETNAMSAMMLUNG

Die FÖJ - Bewegung für Sozialismus und "offensiv links" hat von den von ihr gesammelten Geldern im Rahmen des Nationalkomitees Vietnam-Hilfe für ein Spital in den befreiten Gebieten Südvietnams 50.000 Schilling (durch die Verdreifachung des Betrages durch die Bundesregierung 150.000 Schilling) zur Verfügung gestellt. Weiters wird noch eine eventuelle Beteiligung an dem Projekt "Fertigteilhäuser für Nordvietnam" geprüft.

Wir rufen in diesem Zusammenhang noch einmal alle Leser der "aspekte" auf, den beigelegten Erlagschein zu benutzen und auf das Vietnam-Konto zu spenden.

Mit Anfang 1974 wird die Vietnam-Sammlung abgeschlossen und das Konto für eine Sammlung zugunsten des chilenischen Widerstandes weitergeführt werden.

Griechenland-

Es war ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie Solidaritätsaktionen der Linken mit dem antiimperialistischen und Befreiungskampf der Völker innerhalb der einheimischen Bevölkerung Verständnis für die Probleme wecken und die eigenen Vorstellungen bzw. Informationen vermitteln können.

Die Initiative wurde von jungen griechischen Studenten ergriffen, indem sie am Montag, den 19. November 1973 am Hauptplatz in einen vorerst bis Mittwoch befristeten Hungerstreik traten, und zwar vor der Öffentlichkeit, jedoch, um der Spitzeltätigkeit der Juntaagenten des "Pallas Athene" einen Riegel vorzuschieben, mit Kapuzen getarnt. Den Intentionen des Hungerstreiks wurde durch einen Informationsstand Ausdruck verliehen, der Tag und Nacht von dutzenden Genossen und Sympathisanten betreut wurde, die mit der großen Schar von Interessenten Gespräche führten, diskutierten und Unterschriften unter eine Resolution sammelten. Diese rief zur Solidarität der österreichischen Bevölkerung mit dem Kampf der griechischen Arbeiter und Studenten auf und forderte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, sowie die Ausweisung der Agenten der Junta aus Österreich. An die zweitausend Personen trugen sich in die Listen ein!

Am Dienstag, den 20. November 1973 wurde ein Aktionskomitee konstituiert, das auf die breitestmögliche Basis gestellt wurde. Im Gegensatz zu Wien, wo bekanntlich an der über Nacht organisierten Demonstration von ca. 1.000 Personen zur griechischen Botschaft, sich die KPÖ-Organisationen weder beteiligten, noch die "Volksstimme" am nächsten Tag ein Sterbenswörtchen über die, wie es sonst in ihrem Jargon zu KP-eigenen Aktionen heißt, "eindrucksvolle Solidaritätsdemonstration" brachte, waren alle fortschrittlichen und demokratischen Organisationen in Graz vertreten: die Österreichische Hochschülerschaft auf der Universität Graz, das IVZ (Institutsvertreterzentrum), die Katholische Arbeiterjugend, die KP-Organisationen, die MSO (Neostalinisten-Maoisten), die AKIM (Trotzkisten), CSS (SP-Studenten), die FÖJ-Bewegung für Sozialismus, die Union ausländischer Studenten und der Verein griechischer Studenten und Akademiker. Am gleichen Tag war die erwähnte Demonstration in Wien, zu der aus Graz etwa einhundert Personen nach Wien gefahren waren.

Nach Bekanntwerden der Anzahl der Opfer der faschistischen Repression bei dem Sturm von Polizei und Militär auf die Technische Hochschule in Athen, wurde von den Teilnehmern des Hungerstreiks spontan beschlossen, den Hungerstreik unbefristet fortzusetzen, obwohl sich bei einigen bereits Zeichen eines ernsthaften Schwächezustandes zeigten. Das veranlaßte die ca. 200 Teilnehmer eines Teach-ins am selben Abend, geschlossen zum Hauptplatz zu marschieren und dort den Abbruch des Hungerstreiks mit der feierlichen Versicherung zu fordern, daß die österreichischen Kollegen und Genossen auch weiterhin mit aller Kraft für die Forderungen der griechischen Studenten kämpfen werden: vor allem das Verbot der faschistischen Organisation in Graz "Pallas Athene" zu erwirken, die, wie bekannt wurde, ein Glückwunschtelegramm an Papadopoulos gerichtet hatte, in wel-

Solidaritäts-Woche in Graz

chem es für die Wiederherstellung der Ordnung in Griechenland dankte!

Am Donnerstag und Freitag wurde der Informationsstand am Hauptplatz weiter betreut, wobei Flugblätter verteilt wurden, welche über das brutale Wüten der faschistischen Junta informierten und zur Demonstration am Freitag aufriefen. Tatsächlich kam es zur größten Kundgebung in Graz der letzten Jahre, und als größter Erfolg kann gewertet werden, daß fast ein Drittel der Demonstrationsteilnehmer aus Personen bestand, die sich spontan der Manifestation angeschlossen hatten. Am Samstag wurde beschlossen, vom Aktionskomitee eine Dokumentations über die Tätigkeit des "Pallas Athene" in Graz herauszugeben und Schritte zu unternehmen, um Österreichs kulturelle und diplomatische Beziehungen zur Junta zu überprüfen.

Zweifellos scheinen sich diese Aktivitäten in Graz innerhalb der stärksten Organisation der in Österreich lebenden griechischen Studenten und Arbeiter bei der eine Woche darauf abgehaltenen Generalversammlung auf die zukünftige politische Konzeption des Vereines ausgewirkt haben. Zwei Konzepte standen zur Diskussion; die Ausrichtung des Vereines auf

reine studentische Tätigkeit im Hochschulbereich oder Vereinheitlichung dieser als notwendig anerkannten Aktivität mit dem politischen antidiktatorischen Kampf. Für ersteres Konzept traten die Angehörigen der beiden KP-Fraktionen (Inland und moskautreue) gemeinsam ein, während das zweite Konzept vor allem von der EDIN, der Jugendorganisation der Zentrumsunion, unterstützt wurde, in der sich zur Zeit alle nichtrevisionistischen und antireformistischen Genossen sammeln. Bei der Abstimmung über eine von dieser Gruppierung eingebrachten Resolution, verließen beide KP-Fraktionen sogar den Saal. In der Resolution waren folgende Hauptpunkte enthalten:

Verurteilung jeglicher Aktivitäten, die zur Spaltung der Einheit von den Athener Arbeitern und Studenten führen könnte. Vereinheitlichung des Widerstands im Ausland, rückhaltslose Solidarität mit dem Widerstand im Inland. Forderung nach Auflösung des "Pallas Athene" in Graz.

Bei den Wahlen hat sich das erste Mal eine Mehrheit für die Linksfraktion im Verein ergeben: 4 Mandate erhielt die EDIN, 2 Mandate die KP (Inland) und 1 Mandat die KP (Moskau).

Flugblatt der FÖJ - Bewegung für Sozialismus das bei der Wiener Demonstration verteilt wurde.

Die politische Entwicklung in Griechenland stand in den letzten Monaten im Zeichen einer Scheindemokratisierung, die ihren Ausgang genommen hat vom sogenannten Referendum (Volksabstimmung) im Frühjahr dieses Jahres. Die Militärjunta glaubte ihre Herrschaft soweit gefestigt, daß sie sich zum "demokratischen Verputz der Fassade ihrer Diktatur entschloß.

Das Referendum war ein Schwindel, der den noch größeren Betrug mit der neuen "Verfassung" vom Volk sanktionieren lassen wollte. Der Chef der griechischen Junta, Papadopoulos, wollte als neuer (automatisch) "gewählter" Präsident Griechenlands für die Willkürherrschaft des Militärs auch noch den Kniefall des Volkes.

Außer "liberalen" Vertretern des griechischen Großbürgertums ging ihm jedoch niemand auf den Leim. Die von den US-Imperialisten gegängelten griechischen Marionetten spielten ihr Kasperltheater vor leeren Rängen. Die griechischen Arbeiter und Bauern standen abseits und abwartend. Sie ließen sich nicht ködern. Sie wußten und wissen es genau, was auf dem Spiel steht, und sie kennen auch die Kräfteverhältnisse.

Die Junta konnte sie 1967 sowenig über die Klänge springen lassen, wie sie sich sechs Jahre später von den scheindemokratischen Schalmeien der "zivil" gewordenen Militärs täuschen ließen.

Es waren die Studenten, die wie schon im Mai 1968 in Paris, in diesen Tagen in Athen die Initiative ergriffen und durch eine massenhafte und organisierte Herausforderung des Regimes den neuen "Demokraten" die Maske vom Gesicht rissen. Was dahinter zum Vorschein kam, ist die altbekannte Fratze faschistischer Militärs, die Panzer auffahren und eine wildgewordene Soldateska blindlings auf unbewaffnete Demonstranten schiessen lassen, wo immer die Losung nach Freiheit und Recht erschallt.

Hunderte Tote und Verletzte klagten den "Demokraten" Papadopoulos und dessen Kammerdiener Markezinis an.

Die Losungen der protestierenden Studenten, denen sich viele Arbeiter angeschlossen hatten, richteten sich vor allem gegen die eigentlichen Feinde des griechischen Volkes und der griechischen Demokratie: gegen die US-Imperialisten, den NATO und die westeuropäischen Konzerne, ohne deren militärische, wirtschaftliche und politische Hilfe die Mörder von Athen keine 24 Stunden sich halten könnten.

Unsere Solidarität mit den Arbeitern und Studenten von Athen, die für Freiheit und Demokratie kämpfen!

Nieder mit der Junta!

Die Lage der slowenischen Minderheit

Auszug aus einem Vortrag von Vladimir Kleminčič auf dem IX. Seminar der slowenischen Sprache, Kultur und Literatur in Ljubljana - 2. bis 14. Juli 1973

Die Kärntner Slowenen stellen eine nationale Minderheit dar, welche sich trotz langdauerndem und außergewöhnlich starkem entnationalisierendem Druck am Leben erhielt.

In ihrem Existenzkampf wirken negativ die untereinander verbundenen zahlreichen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und lokalen Aktivisten. Träger des antislowenischen Druckes sind die Deutschnationalen, welche der zahlenmäßig und wirtschaftlich stärkeren Volksgruppe angehören. Die Kärntner Slowenen gehörten bis zum letzten Jahrzehnt fast ausschließlich der sozial und wirtschaftlich schwächsten Schichte der bäuerlichen Bevölkerung an. Erst im letzten Jahrzehnt begannen sich Schichten nicht-bäuerlicher Bevölkerung mit Mittel- und Hochschulbildung verschiedenster Berufssparten herauszubilden. Unter den Gebildeten sind in starker Überzahl Lehrer, Professoren und die Geistlichen. Die Zahl der Schüler, welche die Mittel- und Hochschulen besuchen, vergrößert sich rasch und was das Bedeutendste ist, es erhöht sich auch die Zahl der Angehörigen der slowenischen Minderheit in den Berufsschulen und an den technischen, wirtschaftlichen, juristischen und anderen Fakultäten, was jedenfalls ein Zeichen der weiteren Verbesserung der sozialen und ökonomischen Struktur der slowenischen Bevölkerung ist. Mit dieser sozialen Bevölkerungsstruktur widersetzt sich die slowenische Volksgruppe immer hörbarer und entschiedener der weiteren Entnationalisierung (1).

Kärnten war bis wenige Jahre vor dem zweiten Weltkrieg eine wirtschaftlich nicht entwickelte autarke und von den politischen und wirtschaftlichen Strömen abgeschlossene Welt. Nach dem zweiten Weltkrieg, besonders aber im letzten Jahrzehnt können wir in Kärnten Tendenzen erfolgreicher Wirtschaftsentwicklung bemerken. Mit dieser erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung, welche in dem mit Slowenen besiedelten südlichen Teil Kärntens entwicklungs-mäßig nicht die übrigen Teile Kärntens und die anderen österreichischen Bundesländer erreicht, steigert sich auch die wirtschaftliche Verbundenheit des Kärntner Raumes mit den anderen Teilen Österreichs; Kärnten schaltet sich auch in die internationale Arbeitsteilung ein. Diese gesteigerte wirtschaftliche Entwicklung Kärntens, welche mit den Entwicklung des Tourismus, mit der Industrialisierung und der Urbanisierung sowie mit der neuen Rolle der Transitverkehrsfunktion verbunden ist, erfordert eine allseitige Öffnung der Staatsgrenze zwischen dem österreichischen Kärnten und der Sozialistischen Republik Slowenien. Die internationale Tran-

sitverkehrsfunktion zwischen Österreich und Jugoslawien überschreitet nämlich stark die Bereiche Kärnten und Slowenien wie auch Österreich und Jugoslawien. Die Grenzübergänge sind mit ihrem immer intensiveren Warenaustausch und mit den internationalen Touristenströmen immer mehr von internationaler Bedeutung für einen breiteren europäischen Raum (12).

Bei dieser Steigerung der wirtschaftlichen Entwicklung und Festigung der internationalen Bedeutung, welche die Grenze als eine Linie der Vereinigung und der Verbundenheit zwischen der Sozialistischen Republik Slowenien und dem österreichischen Kärnten hat, kann man aber leider keine gleichartige Regelung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse erkennen, welche die slowenische Bevölkerung in Kärnten vor dem Druck schützen würde, der auf die Entslowenisierung zielt.

Kärnten hat bei seiner Steigerung der wirtschaftlichen Entwicklung, welche wie schon gesagt mit seiner spezifischen geografischen und internationalen Lage verbunden ist, schon fast zur Gänze jene gesellschaft-wirtschaftlichen Grundzüge überwunden, welche für die klassische Agrargesellschaft kennzeichnend sind. Es zeigen sich schon Grundzüge der Industriegesellschaft. Diese sind vor allem in der Verstädterung des Raumes zu sehen. In dieser wirtschaftlichen Umbildung, welche eine immer systematischere Regelung des Raumes fördert, lösen die Kärntner und die Bundesbehörden die Fragen der regionalen Entwicklung mit Eingriffen ökonomisch-technischer Natur, wobei kulturelle, sprachliche, ja auch wirtschaftliche Interessen der Minderheit völlig unbeachtet bleiben.

Die letzten Beschlüsse, welche mit Gebietsverwaltungsänderungen der Gemeinden verbunden sind, sowie der Plan für das Schulnetz und die Schulstruktur weisen darauf hin, daß jene, welchen die Raumordnung obliegt, die Spezifität des national-gemischten Raumes und die Minderheitsbedürfnisse mißachten. Das hat soweit geführt, daß diese beiden Reformen ein Instrument zur beschleunigten Entnationalisierung der Slowenen darstellen.

"ÖSTERREICHISCHE LÖSUNG" DES MINDERHEITENPROBLEMS

Das unbefriedigende Verhalten der österreichischen Behörden zur Minderheit kommt auch bei den Volkszählungen bezüglich der Sprachzugehörigkeit wie auch in dem unregelmäßigem Bildungssystem für die slowenische Minderheit zum Ausdruck.

Das ignorante Verhalten der Behörden gegenüber der Minderheit auf der einen Seite sowie der Druck der intoleranten nationalistischen Extremisten auf der anderen Seite, haben sich bei dem Versuch der Einführung zweisprachiger, slowenisch-deutscher topografischer Aufschriften in einigen Orten Südkärntens gezeigt (2, 3).

Die aufgezählten Erscheinungen zeigen, daß Österreich die neu entstandenen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht begreift, welche durch die Industrialisierung, die Entwicklung des Tourismus, die internationale Transitfunktion und den internationalen Handelsverkehr mit einer offenen Grenze entstanden sind. Mit der Bildung einer sozial und räumlich mobilen Struktur der Industriegesellschaft in Kärnten haben sich bei der slowenischen Bevölkerung auf diesem Wege neue

Vorstellungen von den Minderheitsrechten herausgebildet, Vorstellungen darüber, was ihnen nach dem Artikel 7 des Staatsvertrages zukomme bzw. was Österreich nach der österreichischen Verfassung und nach den Prinzipien der UNO hinsichtlich der Menschenrechte für sie tun müßte (4, 5).

Das negative Verhalten zur slowenischen Minderheit drückt sich am allerdrastischen in der Vorbereitung, Durchführung und Interpretation der Resultate der amtlichen Volkszählungen nach Kategorien der Umgangssprache. Bei diesen Volkszählungen teilt man die Bevölkerung nicht nur in die Kategorien mit deutscher und slowenischer Umgangssprache ein, sondern sie wird auch in die Kategorie der Umgangssprache "windisch" eingereiht, welche eine wissenschaftlich vollkommen unbegründete sprachliche Gruppe ist. Eine solche Art der Einteilung der Bevölkerung in Umgangssprachkategorien ist ein Erbe nazistischer Denkart, welche erstmals bei der Volkszählung in Kärnten in einer Zeit durchgeführt wurde als Österreich an das nazistische Deutschland angeschlossen war. Damit das Gewirr bei den amtlichen österreichischen Volkszählungen (1951, 1961, 1971) noch größer sei, hat man neben den Sprachgruppen deutsch, slowenisch, windisch noch kombinierte Bevölkerungsgruppen berücksichtigt: slowenisch-deutsch, deutsch-slowenisch, windisch-deutsch, deutsch-windisch. Bei der amtlichen Volkszählung im Jahre 1951 hat man sogar eine Gruppe slowenisch-windisch anerkannt. Der Vergleich der Volkszählungsergebnisse nach Sprachkategorien in den Gemeinden beweist uns anschaulich, daß das staatliche österreichische Statistische Amt die Volkszählung jenen Kräften überließ, welche sich der Regelung der Minderheitenprobleme widersetzen und die - mit der Fälschung der Volkszählungsergebnisse, diese zeigen in der Regel bedeutend niedrigere Zahlen der slowenischsprechenden Bevölkerung als es tatsächlich der Fall ist - die Regelung der Minderheitenprobleme zu verhindern wünschen (6, 7, 8, 9).

Daß mit den Volkszählungsergebnissen nicht alles in Ordnung ist, können wir schon daran erkennen, daß die Ergebnisse der amtlichen Volkszählungen nach Sprachkategorien und Ortschaften der slowenischen Bevölkerung nicht zugänglich sind. Zugänglich sind sie nur jenen slowenenfeindlichen Elementen, welche in statistischen Daten eine Grundlage für die Durchführung des Artikels 7 des Staatsvertrages über den Minderheitenschutz suchen, welche nicht mit den gesetzmäßigen Rechten der Slowenen übereinstimmt. Gerade auf die Volkszählungsergebnisse hinsichtlich der Umgangssprachenkategorien hat sich 1972 der Verfasser des Gesetzes über die zweisprachigen Ortstafelbezeichnungen gestützt. Zweisprachige topografische Tafeln sollten nämlich Orte erhalten, für die man gemäß Volkszählung 1961 an sogenannten Umgangssprachengruppen "slowenisch", "slowenisch-deutsch", "deutsch-slowenisch" mehr als 20% der gesamten Bevölkerung berechnet hatte. Die Kärntner Slowenen lehnen berechtigterweise alle diese Volkszählungen als ungläubwürdige Grundlage bei der Lösung ihrer rechtmäßigen Minderheitenrechte ab. Bei allen Volkszählungen hat man Einwendungen gegen die Art der Vorbereitung, der Durchführung und der Auslegung der Ergebnisse der Volkszählungen, welche mit Angaben über die Umgangssprache verbunden sind, gemacht. Die Volkszählungen wurden auch nicht mit zweisprachigen Zählungsformularen durchgeführt. Nach diesen Kriterien aus der Volkszählung 1961 sollten zweisprachige Ortsnamen 205 größtenteils kleine und entlegene Ortschaften erhalten. In

sehr geringem Maße würden zweisprachige Aufschriften zentrale Orte mit Verwaltungs-, Kultur- und Schulfunktionen erhalten (10).

STATISTISCHER "MORD" AN DER MINDErHEIT

Die Vergleiche der Angaben über die Umgangssprache zwischen den Volkszählungen 1951 und 1961 sowie der Vergleich dieser Angaben mit anderen Angaben, welche auf die sprachliche Struktur des einzelnen Ortes oder einer Gemeinde hinweisen, geben uns solche Resultate, welche wir uns mit keinerlei Tendenzen demografischer Entwicklung logisch erklären können.

Nach den statistischen Angaben der amtlichen österreichischen Volkszählungen sollte in den kurzen 10 Jahren zwischen 1951 und 1961 die Zahl der deutschsprechenden Bevölkerung in fast allen Gemeinden um mehr als 25%, in 12 Gemeinden aber sogar um mehr als 100% gewachsen sein.

In der Gemeinde St. Stefan im Gailtal wurden bei der amtlichen Volkszählung 1951 alle Einwohner in die Kategorie der deutschen Umgangssprache eingetragen, aber im Jahre 1956 beobachten wir in derselben Gemeinde laut amtlicher Statistik der Landesregierung plötzlich 31% der schulpflichtigen Kinder mit slowenischer Muttersprache. In der Gemeinde Egg (Brdo) im Gailtal hat man bei der Volkszählung 1951 69% der Einwohner in der Kategorie der deutschen Umgangssprache gezählt, fünf Jahre später, im Jahre 1956 aber wurden unter den schulpflichtigen Kindern 38% mit slowenischer Muttersprache festgestellt.

In der Kategorie der deutschen Umgangssprache hat man in der Gemeinde Gallizien bei der Volkszählung 1951 20% der Leute gezählt - im Jahre 1961 waren es plötzlich 89%; in der Gemeinde Sittersdorf (Žitara vas) hat man von dieser Kategorie 1951 17% der Bevölkerung - 1961 aber 48% gezählt; in der Gemeinde Weizelsdorf (Svetna vas) wurden 1951 in dieser Umgangssprachenkategorie 30% eingetragen und 1961 59% (7).

In dem Dorf Suetschach (Sveče), welches rund 600 Bewohner zählt, hat man 1951 in der Kategorie der deutschen Umgangssprache 42% der Einwohner erfaßt, in der Kategorie "slowenisch" mit den Kombinationen (slowenisch-deutsch, deutsch-slowenisch, slowenisch-windisch) aber mehr als 50% der Bevölkerung. Im Jahre 1961 jedoch hat man in diesem Ort weniger als 20% der Bewohner in der Kategorie der slowenischen Umgangssprache samt angeführten Kombinationen gezählt. Deshalb würde dieser Ort nach dem neuen Gesetz über die zweisprachigen topografischen Aufschriften eine solche nicht erhalten. In Hundsdorf (Psinja vas) Gemeinde Weizelsdorf (Svetna vas) hat man 1951 19% der Einwohner mit der Kategorie deutsche Umgangssprache gezählt, und 81% in die Kategorie "slowenisch" mit den Kombinationen. Nach den Daten der Volkszählung aus dem Jahre 1961 hat man aber in demselben Dorf in der Kategorie "slowenisch" mit den Kombinationen weniger als 20% der Bevölkerung gezählt. In Feistritz/Gail, welches 1951 672 Einwohner hatte, zählte man in diesem Jahr 44% in die Kategorie "slowenisch" mit Kombinationen. Laut Angaben aus dem Jahre 1961 wurden in dieser Kategorie weniger als 20% gezählt. In Vellach (Bela) bei Eisenkappel (Železna Kapla) wurden von 433 Einwohnern nur 15% in der deutschen Umgangssprachenkategorie und 52%

"slowenisch" mit Kombinationen gezählt. 1961 aber gab es von dieser Kategorie weniger als 20% der Bewohner.

In der Gemeinde Köstenberg (Kostanje), zwischen Wörthersee und Ossiachersee gelegen, zählte man 1951 in der Kategorie "slowenisch" mit Kombinationen in sechs von den sieben Ortschaften über 20% der Bewohner. In der Gemeinde Wernberg hat man bei dieser Volkszählung über 20% der Bewohner in dieser Kategorie, in 14 von 24 Ortschaften, dieser Gemeinde gezählt. Bei der Volkszählung 1961 aber hat man in allen diesen Orten der beiden Gemeinden weniger als 20% (13).

Ähnliche Beispiele statistischer Darstellung der Sprachverhältnisse in Orten und Gemeinden können wir noch sehr viele finden, wenn wir die Angaben der angeführten drei amtlichen statistischen Quellen vergleichen. Schon diese wenigen, ausgesprochen widersprechenden Beispiele zeigen, daß die amtlichen statistischen Institutionen der Bundes- und Landesregierung die Aufsicht über die Volkszählungen in Südkärnten aus ihren Händen ließen und sie als Domäne den slowenenfeindlichen Elementen überließen. Schwer ist es aber zu verstehen, daß die Fachleute der amtlichen Stellen bei wissenschaftlichen Analysen des Volkszählungsmaterials nicht die Unfachlichkeit der Zählungsdurchführung festgestellt haben. Wenn wir die Daten der Volkszählungen gut überprüfen, dann verstehen wir warum die Resultate der Volkszählungen der Jahre 1951, 1961 und 1971 den Slowenen nicht zugänglich sind, obgleich diese den Regierungskreisen als Grundlage für die Regelung der gesetzmäßigen Rechte der slowenischen Minderheit dienen.

Eine eingehende Analyse der Volkszählungen nach Ortschaften beweist, daß die Slowenen in Südkärnten in einem geschlossenem Raum leben, was aber die amtlichen Stellen zu verheimlichen versuchen. Ganz und gar nicht überzeugend versuchen sie alle Formen der Malversationen und Diskriminierungen, welche die Slowenen besonders stark anläßlich der Volkszählungen erleben, zu vertuschen (11).

GEMEINDEZUSAMMENLEGUNGEN NACH ANTISLOWENISCHEN KRITERIEN

Auch durch die Gemeindezusammenlegungen des Jahres 1972 sind die Kärntner Slowenen sehr betroffen. Am äußeren Rand des volkmäßig gemischten Gebietes wurden einige Gemeinden mit gemischtsprachiger Bevölkerung an rein deutschsprechende Gemeinden angeschlossen, welche außerhalb des amtlich anerkannten zweisprachigen Gebietes liegen. Die zweisprachige Landgemeinde Egg im Gailtal mit einer kleinen Einwohnerzahl hat man an die Stadtgemeinde Hermagor (Šmohor) angeschlossen, die Gemeinde Maria Gail an die Villacher Stadtgemeinde. Abgeschafft hat man die überwiegend slowenische Gemeinde Radsberg (Radiše) und sie an die Gemeinde Ebental (Žrelec) angeschlossen, die von einer großen Zahl zugezogener deutschsprechender Bevölkerung bewohnt ist. Aufgelassen wurde auch die überwiegend slowenische Berggemeinde Windisch Bleiberg (Slovenji Plajberk), welche man an die Stadtgemeinde Ferlach (Borovlje) angeschlossen hat, die eine große Zahl deutschsprechender Bewohner hat. Mit diesen aber auch anderen Eingriffen in die Gemeindeverwaltung hat man erreicht, daß mehr Gemeinden mit einem größeren Prozentsatz slowenischer Bevölke-

rung in Gemeinden mit einem größeren Prozentsatz deutscher Bevölkerung eingegliedert wurden.

Von der vorgesehenen Reform des Schulnetzes und der Schulstruktur erwarten die Kärntner Slowenen keine positiven Folgen. Mit der Reform sieht man die Auflassung einer großen Zahl solcher Schulen vor, an welchen sich ein Drittel der Schüler zum Slowenischunterricht angemeldet hat und auch über die Hälfte der Kinder, welche in der Mehrzahl von Lehrern slowenischer Abstammung unterrichtet werden. Mit der Auflassung solcher Schulen werden die Schüler täglich in entlegene zentrale Schulen fahren. Unter diesen zentralen Schulen gibt es aber viele solche, deren Leitung der Anmeldung der Kinder zum slowenischen Unterricht nicht geneigt sind. In diesen Schulen kommt es oft zu Konflikten zwischen deutschen Lehrern und slowenischen Eltern, welche ihre Kinder zum Slowenischunterricht gemeldet haben bzw. kommt es zu einem feindseligen Verhältnis der Lehrer zu den Kindern, die zum Slowenischunterricht angemeldet sind (3). Die Auflassung von Schulen und Gemeindezentren im Gebiet mit vorherrschender slowenischer Bevölkerung nimmt den Kärntner Slowenen noch die letzten bescheidenen Möglichkeiten zur Anwendung der slowenischen Sprache im öffentlichen Leben. Der Versuch der Anbringung von zweisprachigen topografischen Aufschriften in entlegenen, kleinen Orten zeigte aber die Tendenzen zur Vertuschung der tatsächlichen Zweisprachigkeit Südkärntens vor der breiten Öffentlichkeit. Diese ganze Linie der österreichischen Behörden zeigt, daß gerade sie nicht die wirkliche Bedeutung der Industriegesellschaft verstehen, welche den Typus der sozial und räumlich mobilen Bevölkerung schafft, welche sich im täglichen Leben bewegt im Zusammenhang mit der Arbeit, der Bildung, der Erholung und Versorgung in einem breiteren Raum. Wenn die Gesellschaft modern und demokratisch ist, müßte dieser Raum so organisiert sein, daß die slowenische Bevölkerung in ihrem gesamten täglichen Lebenskreis auch ihre slowenische Sprache gleichberechtigt gebrauchen kann.

Trotz dem Druck den Entslowenisierung, welcher sich in der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Haltung der Behörden zu den Slowenen ausdrückte, hat sich das slowenische Sprachgebiet mehr oder weniger geschlossen zwischen Hermagor im Westen und Lavamünd im Osten, im Gailtal, im Rosental und im Jauntal gehalten. Gürtel geschlossenen slowenischen Gebietes hielten sich noch zwischen dem Wörther-See und dem Ossiacher-See, sowie nördlich von Völkermarkt (Velikovec) unter der Saualpe bei Diex (Djeko). Südlich der Drau zwischen St. Jakob im Rosental (Šentjakob v Rožu) und Lavamünd verwendet, nach den Angaben der Volkszählung aus dem Jahre 1951, mehr als die Hälfte der Bevölkerung Slowenisch als die Umgangssprache. Innerhalb dieses Gebietes gebrauchen die slowenische Sprache als Umgangssprache weniger als ein Fünftel der Einwohner lediglich in den Gebietsstädten wie Eisenkappel, Eberndorf, Bleiburg und Ferlach, was aber nur einen kleinen Anteil des Gebietes südlich der Drau darstellt. In dem Gebiet zwischen der Drau und den Karawanken, zwischen Rossegg, St. Jakob und Fürnitz, im Gebiete der Gemeinde Köstenberg zwischen dem Wörther- und Ossiacher-See sowie im weitem Gebiet der Umgegend von Völkermarkt verwendet mehr als ein Drittel der Bevölkerung die slowenische Sprache im täglichen Leben, und im Gailtal zwischen Arnoldstein und Hermagor mehr als die Hälfte.

Wenn wir überdies bedenken, daß das soeben gezeigte Bild der sprachlichen Verhältnisse in Kärnten nicht auf der Grundlage der Volkszählung (1951) erstand, welche für die slowenische Bevölkerung objektiv und gutgemeint wäre, können wir sicher sein, daß sich die slowenische Bevölkerung in Südkärnten in einem großen Teil des Gebietes erhalten hat, welcher noch Mitte des 19. Jahrhunderts ein einheitlicher slowenisch-ethnischer Raum war.

Anmerkungen:

- 1) V. Klemenčič: Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur und die nationalen Probleme der Slowenen in Südkärnten. Kärntner Kulturtag, 1. Zbornik predavanj, Maribor, Obzorja 1973
- 2) V. Klemenčič/P. Apovnik: Raumplanung. Predavanje na Koroških kulturnih dnevih, 1970, S. 23 (noch nicht veröffentlicht).
- 3) V. Klemenčič/P. Apovnik: Gemeindezusammenlegungen im zweisprachigen Gebiet Südkärntens. (Vorträge auf den Kärntner Kulturtagen 1971, unveröffentlicht)
- 4) K. Bolte: Vertikale Mobilität, Handbuch der empirischen Sozialforschung, I. Band, Stuttgart 1967, Seite 1-32.
- 5) K. Horstmann: Horizontale Mobilität, Handbuch der empirischen Sozialforschung II. Band, Stuttgart 1969, Seite 44-64.
- 6) V. Klemčič: Kritische Überprüfung der österreichischen Volkszählung 1951 mit Berücksichtigung der Sprachstruktur in Kärnten. Razprave in gradivo Nr. 2, Institut für internationale Fragen in Ljubljana 1960, Seite 101-182.
- 7) J. Pleterski: Die österreichische Volkszählung vom 31.3.1961 in Kärnten. Razprave in gradivo Nr. 4-5, Ljubljana, 1966, Seite 165-216.
- 8) B. Grafenauer: Nationalitätenentwicklung in Kärnten von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute. Koroški zbornik, Ljubljana, 1946, Seite 117-247.
- 9) E. Prunč: Fragen zur Frage der "Windischen". Delo, 2.12.1972.
- 10) V. Klemenčič: Die Objektivität der Kriterien, zweisprachige Aufschriften und Volkszählung in Kärnten. Delo, 14.5.1972.
- 11) V. Klemenčič: Problematische Resultate, aus amtlichen österreichischen Aufschreibungen über die Sprachzugehörigkeit in Kärnten. Delo, 2.12.1972.
- 12) M. Jeršič: Die Ausflugerholung der Stadtbevölkerung und ihre räumlichen Wirkungen. Jugoslovanski simpozij o urbani geografiji. Ljubljana, Institut für Geografie an der Universität in Ljubljana, 1970.
- 13) V. Klemenčič: Bevölkerungsgeografie Sloweniens. Geografski vestnik. XLIV, Ljubljana, 1972.

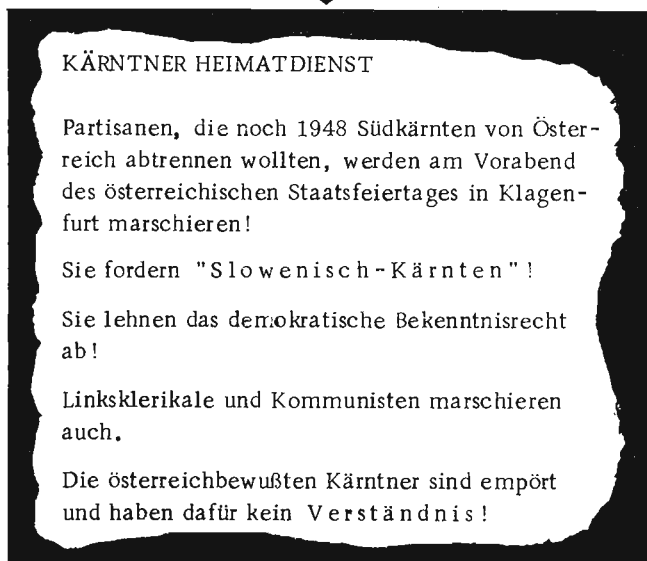
DEMONSTRATION FÜR DIE RECHTE DER MINDERHEIT

Am 25. Oktober 1973 fand in Klagenfurt eine Demonstration für die Rechte der slowenischen Minderheit in Kärnten statt. Es war nach langer Zeit das erste Mal, daß eine solche Manifestation in Kärnten in aller Öffentlichkeit organisiert und durchgeführt wurde. Nach den Ortstafelstürmen im Herbst 1972 und den verschiedenen Kampagnen, die von deutschnationaler und chauvinistischer Seite mit Unterstützung der FPÖ, ÖVP und bedeutenden Teilen einer völlig opportunistischen SPÖ lanciert und vom berüchtigten Kärntner Heimatdienst ausgeführt wurden. Nach den systematischen Diffamierungen, Einschüchterungsversuchen und Diskriminierungen Angehöriger der slowenischen Minderheit, war dies die richtige Antwort, die in offener, entschiedener und kämpferischer Sprache erteilt wurde: die slowenische Minderheit ist bereit, organisiert für ihre Rechte einzutreten. Und offensichtlich ist es auch die einzige Sprache, die von den Hetzern und Einpeitschern verstanden wird. Denn entgegen allen Erwartungen, blieben die "Massen" der "heimattreuen" Gegendemonstranten aus, sie waren zusammengeschrumpft auf ein paar hundert Krakeeler, die angesichts der zweitausendköpfigen Manifestanten eher lächerlich wirkten.

Sich mit der Sache unterdrückter nationaler Minderheiten zu solidarisieren, ist keine "demokratische" Pflichtübung, sondern immer schon die Sache der Sozialisten gewesen. Einmal deswegen, weil die Unterdrückung nationaler Minderheiten ein spezifischer politischer Ausdruck eines auf Ausbeutung basierenden gesellschaftlichen Systems, des Feudalismus ebenso wie des Kapitalismus, war und ist. Das andere Mal, weil die Arbeiterschaft ihre Selbstbefreiung nur dann konsequent und glaubwürdig erkämpfen kann, wenn sie die Aufhebung jeglicher Form der Unterdrückung zu jeder Zeit und an jedem Ort als Teil ihres Kampfes begreift.

Die Wiener Linke, die sich sonst bei allen Solidaritätsaktionen mit dem nationalen Befreiungskampf der Völker der "Dritten Welt" geradezu wettbewerbsmäßig engagiert, war außer durch einige Vertreter von der FÖJ-BfS aus Wien und Graz, gänzlich abwesend. Das entspricht ihrer bisherigen Haltung gegenüber den Problemen der nationalen Minderheiten in Österreich, und ist ebenso bedauerlich wie falsch.

Flugblatt des Kärntner Heimatdienstes



FÜR VÖLKERFREUNDSCHAFT UND NATIONALE GLEICHBERECHTIGUNG

In letzter Zeit fordern bestimmte Kreise verstärkt eine sogenannte Minderheitenfeststellung. Spätestens seit Herbst 1972 weiß man jedoch, was das bedeutet: Zuerst reißt man zweisprachige Ortstafeln nieder und verbreitet unter der Bevölkerung Angst und nationalen Haß, und dann soll die Regierung mit Zustimmung der gesetzgebenden Organe die Slovenen zählen. "Empfehlungen von Experten" sollen ihr dabei dienen, eine Sprachenermittlung zur Feststellung der "Familiensprache" als für die Durchführung des Staatsvertrages notwendig erscheinen zu lassen.

Dabei ist der österreichischen Bundesregierung seit 1955 klar, daß es zur Durchführung des Staatsvertrages keinerlei Minderheitenfeststellung bedarf, und eine solche auch von den Signatarmächten nie verlangt wurde. Tatsächlich aber wollen die Arangeure der Minderheitenfeststellung damit nur jene slovenischen Landsleute registrieren lassen, die dem nationalistischen Druck standgehalten haben und noch standhalten.

Die Befürworter einer Minderheitenfeststellung wollen der Bevölkerung weismachen, diese wäre ein Ausdruck der Demokratie. In Wirklichkeit aber wird damit eine öffentliche Kampagne gegen die slovenische Volksgruppe betrieben. Wie schon in den letzten Jahrzehnten eifrig praktiziert, wollen bestimmte Kräfte damit nur erreichen, daß sich die Slovenen nicht zu ihrer Muttersprache und Nationalität bekennen.

Außerdem will man mit einer Minderheitenfeststellung bzw. mit der damit verbundenen Propaganda Teile der Bevölkerung gegen die slovenische Volksgruppe aufputschen und von anderen wichtigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen ablenken.

Die zuständigen Regierungsbehörden wissen nicht erst seit Abschluß des Staatsvertrages, sondern mindestens seit 1945, wo in Kärnten Slovenen leben und sich demzufolge auch das slovenisch- und gemischtsprachige Siedlungsgebiet in Kärnten befindet. Ansonsten hätte man auch 1945 nicht gewußt, in welchen SchulsprengeIn Kärntens die Schulverordnung über den zweisprachigen Unterricht in Kraft zu treten hatte.

Dasselbe gilt auch für den zweisprachigen Schulunterricht seit 1958, der heute noch nicht gesetzlich festgelegt ist.

Nur die sofortige Erfüllung des Artikels 7 kann ein friedliches Zusammenleben auf der Grundlage der nationalen Gleichberechtigung gewährleisten!

Laßt euch nicht in eine Kampagne für eine Minderheitenfeststellung einspannen!

Für Völkerfreundschaft und nationale Gleichberechtigung!

Für sofortige Erfüllung des Artikels 7!

Gegen jede Art von Minderheitenfeststellung!

Flugblatt der Kärntner Slowenen das während der Demonstration verteilt wurde

Gnade à la SPÖ

Opportunismus = Terror war die Sondernummer der "aspekte" betitelt, die sich mit den Ortstafelstürmen in Kärnten als Ergebnis der Politik der österreichischen Sozialdemokratie befaßte. Nun wird das damals gezeichnete Bild, welches durch die Aktion in der Kärntnerstraße und Prozeß Matheis verschärft herausgestrichen wurde, vollends abgerundet: bekanntlich wurde das von uns eingereichte Gnadengesuch in Sachen Matheis (er erhielt wegen angeblichen Verstoßes gegen den § 81 drei Monate bedingt), ohne Begründung vom Justizministerium abgelehnt.

20 aspekte

Auf Empfehlung desselben Justizministers wurden alle anhängigen Strafverfahren gegen Personen, die an den Ortstafel demontagen und Tötlichkeiten an Staatsbeamten, beteiligt waren, von Bundespräsident Jonas im Zuge der Weihnachtsamnestierung eingestellt.

Wahrscheinlich handelt es sich bei den Aktionen des halbfaschistischen "Kärntner Heimatdienstes" nach Auffassung des Justizministers um eine sogenannte "bsoffene G'schicht". Und obwohl der amtierende Bundespräsident angeblich sich stets strikt geweigert hat, Personen zu amnestieren, deren Straftaten in alkoholisiertem Zustand erfolgt waren (Jonas gehört dem Verein der Arbeiterabstinenzler an), dürfte er von der politischen Wichtigkeit dieses Gnadenaktes überzeugt worden sein. Das erschreckende am Phänomen der opportunistischen Politik der SPÖ ist nicht die Verwerflichkeit, sondern die Dummheit, die uns weiter auch nicht alterieren würde, wenn sie nur selbstmörderisch wäre: sie ist mörderisch, solange es der SPÖ gelingt, die Arbeiterschaft von der Richtigkeit dieser Politik zu überzeugen, denn gegebenenfalls ist ihre letzte Konsequenz, zu der sie führt, der Februar 1934...

Es geht nicht nur um die Abtreibung

Seit es das Abtreibungsverbot gibt, führt die Arbeiterbewegung auch den Kampf dagegen. Denn vor allem gegen die Arbeiterschaft ist dieses Verbot gerichtet und diese wird von der entsprechenden Gesetzgebung auch am meisten betroffen.

In letzter Zeit wurden in vielen Ländern Westeuropas große Manifestationen für die Abschaffung bzw. Änderung der Abtreibungsverbotsgesetze veranstaltet. Diese Manifestationen waren der wesentliche Beginn der Neu- oder Wiederorganisation der Frauen. Diese Organisationen, die ihren Protest gegen die diskriminierende Stellung der Frau in den kapitalistischen Staaten artikulierten, u. a. gegen ihre Rolle als Gebärmaschinen, denen die Mündigkeit über die Zahl ihrer Kinder selbst zu bestimmen, abgesprochen wird. Diese Revolte der Frauen richtet sich gegen die Bevormundung durch die Kirche, Staat, bürgerliche Medizin, wodurch eine breite Bewegung mit verschiedensten Inhalten ins Rollen gebracht wurde.

In Österreich sieht es "natürlich" etwas anders aus. Die Bewegung zur Abschaffung des § 144 hat zwar auch hier Kreise gezogen, aber im Verhältnis zu anderen Ländern sind die Auswirkungen dieser Bewegung minimal. Dies konnte auch bei der Demonstration am 9. November 1973 festgestellt werden.

In den Flugblättern (wir haben in der Oktobernummer den Text gebracht), die gemeinsam ausgearbeitet wurden, wurde versucht zu vermitteln worum es bei dieser Frage geht, ohne den Klassenstandpunkt zu sehr zu verwässern, und darauf hinzuweisen, daß die Frage der Abtreibung nur ein Teil des Problemkreises der Unterdrückung der Frauen ist.

Diese sind dann in und vor Betrieben sowie an Verkehrsknotenpunkten verteilt worden.

An dieser Demonstration, die lange vorbereitet wurde (ca. zwei Monate), nahmen trotz der Zusammenarbeit mehrerer Gruppen nur rund 1000 Menschen teil.

Selbst in den beteiligten Gruppen scheint das Interesse an inländischen Problemen nicht besonders groß zu sein, sonst hätte eine stärkere Beteiligung möglich sein müssen. Es hat sich anscheinend auch in diesen Gruppen noch nicht durchgesprochen, daß durch die Unterdrückung der Frauen, alle besser ausnützbare Arbeitskräfte bleiben und das Abgehen von der "biologischen Funktion" der Frau Möglichkeiten zur Veränderung der Gesellschaft bringen würde.

Der Kampf um die Bewußtseinsänderung der Arbeiterschaft (Abbau des Einflusses der bürgerlichen Ideologie) muß auf allen "Fronten" geführt werden, nicht nur in der Produktions- sondern auch in der Reproduktionssphäre. ■

DIE ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE IN ÖSTERREICH

Wie es der zentristischen Führung der Sozialdemokratie gelang, indirekt unterstützt von einer putschistischen KP, die Arbeiter- und Soldatenräte von einem Kampfinstrument des Proletariats in eine Repressionsmaschine im Dienste der bürgerlich-demokratischen Herrschaft zu machen.

22 Seiten, Preis: S 5,-

RECHTSRADIKALISMUS IN ÖSTERREICH

Wissenschaftliche Darstellung der Entwicklung des Faschismus unter Berücksichtigung der spezifisch-österreichischen Verhältnisse. Faktensammlung zum österreichischen Neofaschismus.

68 Seiten, Preis: S 20,-

MARXISTISCHES LESEBUCH

Die Einführung in die zentralen Problemstellungen des Marxismus-Leninismus. Mit Auszügen aus Texten von: Gundula Bölke, Friedrich Engels, Wladimir Iljitsch Lenin, Henri Lefebvre, Georg Lukacs, Rosa Luxemburg, Ernest Mandel, Karl Marx, Otto Rühle und Leo Trotzki.

123 Seiten, gedruckter Einband, Preis: S 25,-

Leo Trotzki: DIE ÖSTERREICHISCHE KRISE - DIE SOZIALDEMOKRATIE UND DER KOMMUNISMUS

Nachdruck einer für die österreichische Linksoption geschriebenen Broschüre aus dem Jahre 1927, in der Leo Trotzki eine präzise Einschätzung der damaligen österreichischen Klassenverhältnisse liefert. Nicht nur ein historisches Dokument sondern zugleich ein wichtiger Beitrag zur aktuellen Faschismusk Diskussion.

13 Seiten, Preis: S 5,-

Zu beziehen über den Broschürenvertrieb des Verbandes Sozialistischer Mittelschüler, A-1070 Wien, Lindengasse 32, Tel.: 93-42-74/75
oder in der Literaturstube Winter - Simmering,
1110 Wien, Gottschalkgasse 17, Tel.: 74-72-273

Der „Presse“ Lob und Tadel

Wem die "Presse" mit ihren gedruckten Worten dient, enthielt sie selbst am 28. September 1973. Und das noch auf Seite eins.

Sie schrieb unter anderem wörtlich: "Sekanina, Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse attackierte massiv die Zahnärzte und tat etwas, was ein Gewerkschafter nicht tun sollte: er drohte.

Er sprach, daß die Kraft der Gewerkschaften ausreiche, in kurzer Zeit die den Interessen von hunderten Arbeitnehmern zuwiderlaufenden Machtambitionen der Herren Daume und Brenner in die Schranken zu weisen."

Wohin würde das den führen, wenn die Gewerkschaften plötzlich die Interessen der Arbeiter und Angestellten wahrnehmen würden, und das vielleicht noch auf Kosten der am Hungertuch nagenden Unternehmer? Würde das nicht Klassenkampf bedeuten? Würde das nicht bedeuten, konsequente Durchsetzung der Interessen der Arbeiter und Angestellten, Einschränkung der Macht der Unternehmer?

Wahrlich nicht auszudenken!

Die Zahnärzte fordern eine 68%-ige Honorarerhöhung. Was würde passieren, wenn nun die Arbeiter und Angestellten auf die Idee kämen, auch eine 68%-ige Lohnerhöhung zu fordern? Laut "Presse" und Unternehmerjargon würde die "Volkswirtschaft" zusammenbrechen.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, kommt ja nicht auf die absurde Idee, eure Interessen wahrzunehmen, spielt weiter die braven Sozialpartner, verkauft weiterhin eure Arbeit zu einem Spottpreis, stellt eure Interessen zurück, denn was den Unternehmern nützt, nützt auch uns allen!

Im gleichen Artikel lobt die "Presse" den ÖGB-Präsidenten Anton Benja für seine "Sozialpartnerschaft in Reinkultur", weil er vor Chemiarbeitern erklärte, daß vier Wochen Urlaub zwar populär klingen, aber aus wirtschaftlichen Gründen derzeit nicht vertretbar seien. Der ÖGB-Präsident handelt deshalb verantwortungsbehaftet, erklärte die "Presse". Es bleibt die alte Frage offen: Was hat Benja in seiner Funktion als ÖGB-Präsident eigentlich zu vertreten? - Die Interessen der Unternehmer oder doch die der Arbeiter und Angestellten?

Werner Matheis

MONAT ZUR U DES IRANISCHEN UND POLITISCHEN

In Wien wurde von Mitte November bis Mitte Dezember 1973 eine Aufklärungskampagne durchgeführt, an der sich alle linken Organisationen (mit Ausnahme der SP- und KP-nahestehenden) beteiligten. Es wurde eine Fotoausstellung an stark frequentierten Verkehrsstellen Wiens, sowie auf Hochschulboden gezeigt, dazu schriftliches Material verteilt und verkauft. Diese Kampagne, die in allen westeuropäischen Ländern geführt wurde, sollte auf die Zustände im Iran aufmerksam machen, auf die kraßen Widersprüche zwischen dem Reichtum des Landes und dem Elend der Bevölkerung, deren Widerstand vom Schah-Regime mit allen Mitteln der Repression verfolgt wird: oppositionelle Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, Geistliche und Studenten werden zu Zehntausenden eingekerkert, gefoltert, von Militärtribunalen zu Tode verurteilt und hingerichtet. Den Abschluß der Kampagne bildete eine Solidaritätsdemonstration, an der sich Hunderte Personen, die zum Teil aus den Bundesländern angereist kamen, beteiligten. In einer kurzen Stellungnahme vor der persischen Botschaft in Wien wurde auf die wachsende strategische Bedeutung des Iran des Schah Reza Pahlevi hingewiesen, wegen Persiens Stellung im Nahen Osten als wichtiger Erdöllieferant und als verlässlicher Gendarm des US-Imperialismus. Dies erfordert von allen fortschrittlichen und revolutionären Kräften verstärkte Anstrengungen zur Unterstützung des iranischen Widerstands.

Die Wichtigkeit dieser Aktion wurde erneut bestätigt durch das Bekanntwerden des Schah-Besuchs in Wien zu den Feiertagen zwischen Weihnachten und Neujahr. Dieser "private" Besuch dient in erster Linie den "halboffiziellen" Unterredungen zwischen dem Schah und Vertretern der österreichischen Bundesregierung. Die Verbeugungen von österreichischer Regierungsseite werden noch tiefer sein als je zuvor, denkt man an die durch die Manipulationen der Ölkonzerne ausgelöste Energiekrise. Auch wurde diesmal noch durch die Umstände, die für den Schahbesuch gewählt wurden, auf jene Proteste Rücksicht genommen, die die Anwesenheit des Schah in jedem Land auslösen muß, wo es Demokraten gibt. Es kann sich allerdings auch um eine Generalprobe handeln,

UNTERSTÜTZUNG WIDERSTANDS DER GEFANGENEN

solche Besuche "salonfähig" zu machen. Es wird hier auf die Geschlossenheit aller linken Gruppen, Organisationen und fortschrittlicher Personen ankommen, solche Pläne zu durchkreuzen, wie es bei früheren Gelegenheiten schon der Fall war.

Solidarität mit dem persischen Widerstand!
Nieder mit dem Schah!
Sieg der iranischen Revolution!

*

Unter den wenigen Schaulustigen und Jublern, beim Eintreffen des Schah in Wien, befanden sich auch persische und österreichische Genossen. Letztere jubelten allerdings nicht und erweckten daher das Mißfallen der Polizei. Drei persische Genossen jubelten sogar so wenig, daß sie festgenommen wurden.

Am 29. Dezember 1973 gegen 20 Uhr versuchten einige Genossen in der Polizeidiensstelle Berggasse zu erfahren mit welcher Begründung und wie lange man noch die drei persischen Genossen festzuhalten gedenke. Man schickte eine Delegation in die Wachstube. Vor dieser warteten ungefähr fünfzig Genossen auf die Rückkehr der Delegation. Wer erschien waren allerdings Polizisten die die völlig ruhig Wartenden einkreisten und plötzlich ohne Vorwarnung niederknüppelten.

Einige wurden festgenommen und unter Schimpfworten wie: "Sautschusch", "Drecksau" und ähnlichem in die Wachstube geprügelt.

Eine halbe Stunde nach diesem Geschehen wurden einen Kilometer vom Schauplatz entfernt drei österreichische Genossen verhaftet. Sie wurden im Schnellverfahren zu 20 und 24 Stunden bzw. zu 8 Tagen Arrest verurteilt.

Diese Polizeibrutalität und Willkürakte wurden möglich in dem einige Scharfmacher den günstigen Zeitpunkt nützten. Es liegt an der Linken durch Solidarität untereinander, d. h. durch Herstellung einer möglichst breiten Einheit, die Übergriffe der österreichischen Exekutive entsprechend zurückzuweisen. ■

REVOLUTIONÄRES AFRIKA Nr.1/73

Volkskrieg in den portugiesischen Kolonien - 10 Jahre Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) - Angola: Sieg der revolutionären Linie der MPLA - Zimbabwe: Zusammenschluß der Befreiungsbewegungen - Befreiungskampf in Namibia - Wirtschaftskrieg Rhodesiens gegen Sambia - Politische Plattform des KSA.

REVOLUTIONÄRES AFRIKA Nr.2/73

Massenstreiks in Südafrika - Geschichte des Volkswiderstandes in Südafrika - Politik der Apartheid - Die wahre Rolle der UNITA in Angola - Massaker in Mozambique - "Wahlen" und antifaschistischer Kampf in Portugal - usw.

REVOLUTIONÄRES AFRIKA

Einzelnummer : 5,- ö.S. Abonnement (4 Nummern incl. Porto): 20,- ö.S. (BRD: 5 DM)
Bestellungen an: KSA - Wien, A-1040 WIEN, Wiedner Hauptstr. 24/17. Oder durch Überweisung der Abonnementsgebühr mit Angabe des Zahlungszweckes auf das Konto d. Zentralsparkasse d. Gem. Wien Nr.601-228-604.

revolutionäres AFRIKA

Herausgeben vom Komitee Südliches Afrika (KSA) - Wien

Arbeitsgruppentagung des Sozialistischen Büros (BRD)

Am 3./4. November 1973 fand in Frankfurt eine erweiterte Arbeitsgruppentagung des Sozialistischen Büros statt.

An der erweiterten Arbeitsgruppentagung beteiligten sich etwa 200 Genossinnen und Genossen, - Mitglieder der seitherigen Arbeitsgruppe, Genossen, die bereits kontinuierlich in Projekten des Sozialistischen Büros mitarbeiten, Vertreter von Gruppen, die im politischen Zusammenhang des Sozialistischen Büros arbeiten oder mit dem Büro eng kooperieren. Die FÖJ-Bewegung für Sozialismus hatte Gelegenheit an dieser Tagung mit zwei Beobachtern teilzunehmen.

Wir bringen einige Auszüge aus dem Bericht des Sozialistischen Büros über die Tagung dem wir nichts hinzuzufügen haben.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Organisationsfrage des Sozialistischen Büros, die auf dem Hintergrund der vorgelegten Papiere diskutiert wurde. Die Diskussion spiegelte im wesentlichen die in den Papieren gegebene Einschätzung wider, daß der bisherige organisatorische Rahmen des Büros heute nicht mehr ausreicht, um eine kontinuierliche praktische und theoretische Diskussion und Zusammenarbeit derjenigen Genossen und Gruppen, die mit dem Sozialistischen Büro verbunden sind, sicherzustellen. Deshalb konzentrierte sich die Diskussion im Verlauf dieser Tagung zunehmend auf den vorgelegten organisatorischen Rahmen, der zu Ende der Tagung per Abstimmung beschlossen wurde. Man hat sich auf der Tagung darüber verständigt, daß der organisatorische Rahmen des Sozialistischen Büros als ein experimentelles Modell zu verstehen ist, daß er also durch die Praxis veränderbar ist.

ZUR ENTWICKLUNG UND DEN AUFGABEN DES SOZIALISTISCHEN BÜROS

Das Sozialistische Büro wurde im Frühjahr 1969 zu einem Zeitpunkt gegründet, an dem drei politische Tendenzen sich deutlich abzeichneten: das Auseinanderfallen der antiautoritären Bewegung in einem unvermeidlichen Desillusionierungsprozeß und die sich gleichzeitig abzeichnenden sektiererischen Reaktions- und Organisationsbildungen; eine reformistische *Wendung* bedeutender Teile der antiautoritären Bewegung durch die strategische Bindung an die SPD; der Versuch der DKP, als "einzige Partei der Arbeiterklasse", die Protestbewegung aufzufangen, dabei aber jene alten und neu entdeckten Inhalte des Sozialismus/Kommunismus, die nicht ihrer "marxistisch-leninistischen Ideologie", ihrer politischen Funktion und strategisch-taktischen Konzeption integrierbar waren, zu unterdrücken oder zu diffamieren. Die "Gründungs-genossen" des Sozialistischen Büros waren lange Jahre aktiv politisch tätig, kamen aus der Arbeiterjugend, den Gewerkschaften, dem SDS und der Kampagne für Demokratie und Ab-

rüstung (Ostermarsch). Nun sah es das Sozialistische Büro als wesentliche Aufgabe an, gegenüber den drei skizzierten politischen Tendenzen einerseits ein offenes Kommunikationsforum zu schaffen, in dem die verschiedenen sozialistischen Richtungen über die weitgehend offenen und ungelösten theoretischen und praktischen Fragen diskutieren könnten und in dem andererseits in längerfristiger Sicht eine Konzeption entwickelt werden sollte, die - wie wir es damals formuliert haben - "aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet." Wir wollten uns dabei keinen Illusionen über die tatsächliche Stärke und die absehbaren Möglichkeiten einer sozialistischen Bewegung in der BRD hingeben. Die Momente der antiautoritären Phase, die die Wechselbeziehungen von politischer Praxis, kollektiver und individueller Emanzipation zum Vorschein gebracht hatten, wollten wir wahren. Den Diskussions- und Handlungsspielraum in oder am Rande der DKP sahen wir aufgrund der ideologischen, organisatorischen und strategischen Abhängigkeiten, Bindungen und Konzepte dieser Partei als außerordentlich beschränkt an - kurz, das Sozialistische Büro wollte "undogmatisch" und "illusionslos" sein. Eine wirklich revolutionäre Bewegung, die in der Arbeiterklasse verankert ist und aus ihr hervorgeht, schien und scheint uns nicht in Sicht, die Frage eines Parteaufbaus und einer revolutionären Partei sind daher aktuell nicht zu stellen. Darüber hinaus meinten wir, daß nicht der Rückgriff auf historische Modelle, sondern allein die konkrete Analyse der gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Bewegung tragfähige Ansätze für eine revolutionäre Organisation sichtbar machen kann. Das Anknüpfen an der Tradition der Arbeiterbewegung, auf die wir uns beziehen, scheint uns außerdem nur dann über "Dogmatismus" hinauszugelangen, wenn wir uns den epochalen Niederlagen der westeuropäischen und deutschen Arbeiterbewegung ebenso wie den Erfahrungen des sogenannten Stalinisierungsprozesses der Kommunistischen Parteien und der Sowjet-Union mit allem Ernst stellen, auf Legendenbildungen verzichten und klar erkennen, daß die sozialistisch/kommunistische Bewegung die Gründe ihres bisherigen Scheiterns in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften auch in sich selbst trug. Dies gilt in anderer Hinsicht auch für sozialdemokratische Organisationen der Arbeiterbewegung, deren Integration in die bürgerliche Gesellschaft in westeuropäischen Ländern die historische Notwendigkeit einer sozialistischen Bewegung im Bewußtsein der Arbeiterklasse ver- stellt. Auch wir sind der Ansicht, daß die theoretische Analyse des späten Kapitalismus ebenso wie der sogenannten Übergangsgesellschaften keineswegs soweit vorangetrieben ist, daß wir verbindliche und zureichend konkrete Antworten auf theoretischer Ebene besitzen würden. Zudem bezweifeln wir, daß es überhaupt richtig ist, wenn "Avantgarden" den Anspruch erheben, im Besitz einer entwickelten Theorie zu sein (selbst wenn sie bestünde), für die man lediglich noch die organisatorisch richtigen Anwendungsbedingungen finden

müsse, um sie in "Praxis" umzusetzen, oder daß Klassenbewußtsein von außen an die Arbeiterklasse herangetragen werden kann und muß.

Dagegen meinen wir, daß jede sozialistische Tätigkeit nur einen beschränkten und vorläufigen Sinn haben kann, solange es nicht eine entwickelte sozialistische Arbeiterbewegung selbst gibt; daß eine sozialistische Organisierung nicht nach einem vorgegebenen Programm geschehen kann, sondern das Resultat von verallgemeinerten Erfahrungsprozessen fortgeschrittener Teile der Arbeiterklasse selbst sein muß. Daher setzen wir uns zum Ziel, gegen dogmatische Einschränkungen des Diskussions- und Handlungszusammenhangs eine offene Diskussion und Kommunikation zu sichern; den Austausch und die Interpretation wirklicher Erfahrungen von arbeitenden Gruppen zu versuchen und auf die verschiedenen Organisationsansätze einzuwirken. Unsere eigenen Aktivitäten knüpfen an konkreten Arbeitsansätzen an, sollen den Erfahrungs- und Selbstorganisationsprozeß arbeitender Gruppen unterstützen und die Notwendigkeit einerseits der unvermeidlichen Beschränktheit gegenwärtiger sozialistischer Ansätze, andererseits der arbeitsteiligen Entwicklung einer zukünftigen sozialistischen Bewegung in der BRD betonen. Wir begriffen und begreifen uns als Teil einer erst zu schaffenden Bewegung, die eine flexible, den jeweiligen konkreten Möglichkeiten angemessene, zur Kooperation mit anderen Ansätzen fähige Organisationsform besitzen muß. Die Stärkung der vielfältigen Basisbewegung, die Interpretation ihrer Erfahrungen und der historischen Zusammenhänge, in denen die sozialistische Bewegung steht, der Aufbau eines kontinuierlichen und wirksamen Kommunikationsnetzes, scheint uns nicht weniger wichtig zu sein als der Versuch, auf andere Organisationszusammenhänge einzuwirken, durch Aktionsbündnisse eine gewisse Einheit der linken Bewegung am Leben zu erhalten und nicht zuletzt die sozialistische Orientierung in den gewerkschaftlichen Massenorganisationen, soweit uns das möglich ist, zu unterstützen. So ist es uns durch unsere publizistische Tätigkeit sowie durch Kampagnen (zuletzt im Hinblick auf Chile) gelungen, eine linke Gegenöffentlichkeit mit zu schaffen, die weit über unseren eigenen Kreis hinausreicht.

Das Sozialistische Büro besitzt heute einen wachsenden Einfluß in den Bereichen, die sich aus der ursprünglichen Aufgabenstellung ergaben. So beziehen sich nicht nur in Organisationszusammenhängen der DKP arbeitenden Genossen auf uns, sondern im starken Maße auch jene "Linke" der Jusos, die ihre Arbeit in der SPD nicht als eine strategische Grundentscheidung für diese Partei, sondern als schwerpunktmäßige Tätigkeit in ihr für eine bestimmte politische Etappe begreift. Ihre und unsere Konzeption tatsächlich sozialistischer "Doppelstrategie" sieht dabei nicht so aus, daß wir einen Zulieferbetrieb für jene Sozialisten in der SPD darstellen, die meinen, wir könnten die außerinstitutionelle Mobilisierung betreiben, die sie benötigen, um in der SPD Positionen zu erringen. Ebenso wenig kann unser Verhältnis zur DKP das einer ihrer "Bündnisorganisationen" sein. Dazu können wir uns so wenig wie die DKP selbst verstehen. In jeder aktuellen Kampagne hat sich gezeigt, daß die DKP und die ihr nahestehenden Bündnisorganisationen zwar bereit waren, jedes Bündnis mit bürgerlichen Gruppen einzugehen, aber keines, in dem sozialistisch-kommunistische Positionen ver-

treten werden, die über die Konzeption des "antimonopolistischen Bündnisses" hinausgehen.

Der wesentliche Ansatz, durch die Unterstützung von Basisaktivitäten in den verschiedensten Tätigkeitsfeldern politische Selbstorganisation zu unterstützen und zugleich einer Fragmentierung und gewissen Perspektivlosigkeit dieser Arbeit nicht etwa durch Dekrete einer "Zentrale", sondern durch Kooperation entgegenzuwirken, verstellt uns nicht den Blick für die in vieler Hinsicht beschränkte Erfahrungsbasis solcher Gruppen (z. B. im Sozialisationsbereich). Wir sehen unsere zentrale Aufgabe darin, einerseits diese Gruppen untereinander und andererseits ihre Erfahrungsprozesse mit den Perspektiven zu vermitteln, die sich aus der (noch weiter zu entwickelnden) Theorie der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft ergeben. Wie auch für den Erfahrungsprozeß der Arbeiterklasse selbst, meinen wir, daß es darum gehen muß, subjektive Bedürfnisse und Interessen und das objektive Klasseninteresse tatsächlich zu vermitteln. Die Interessen und Bedürfnisse, die sich aus der Alltagspraxis ergeben, müssen mit dem objektiven Klasseninteresse, das sich aus der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft ergibt, vermittelt werden. Heute ist das gewiß nur in bescheidenen Ansätzen möglich. Dabei bestehen die vielfältigsten Erfahrungs- und Vermittlungsebenen, die etwa bei Sozialarbeiter- oder Lehrergruppen anders aussehen als bei den Kontakten, die zu Gewerkschaftern und Betriebsvertrauensleuten oder Lehrlingen bestehen. Diesen verschiedenartigen konkreten Bezügen müssen auch die jeweiligen Organisationsformen entsprechen. Wenn wir auch die allgemeine politische Perspektive, die sich aus diesen Ansätzen ergibt, noch keineswegs klar genug entwickelt und öffentlich diskutiert haben, vertreten wir doch die Position, daß es sich auch in Zukunft nicht darum handeln kann, den Erfahrungen der Selbstorganisation "von außen" eine "politische" Dimension hinzuzufügen. Vielmehr sind wir, um eine Formulierung Magris zu verwenden, der Ansicht, daß es prinzipiell falsch wäre, angeblich "unheilbar im Trade-Unionismus oder Anarchismus" befangen, ökonomisch-spontaneistisch o. ä. genannte Ansätze (die heute natürlich alles andere als eine Massenbewegung repräsentieren), "eine durch das Licht der Theorie erleuchtete Avantgarde" entgegenzustellen, d. h., zu einer "idealistischen Konzeption der Revolution und einer mystischen Konzeption der Partei" zu gelangen. Die notwendige "Analyse der realen Dialektik der materiellen Kräfte, auf denen eine revolutionäre Alternative aufgebaut werden kann", scheint uns freilich kaum stärker entwickelt und konkretisiert zu sein als es jene Kräfte hierzulande sind, die sich als antikapitalistische begreifen (was sich gegenseitig mitbedingt).

Wenn uns daher von außen immer stärker unterstellt wird, wir würden den Aufbau einer Partei betreiben oder als aktuell ansehen, so ist das falsch. Wir haben, was sich anscheinend nicht von selbst versteht, keineswegs die Absicht, neben die diversen Studentenparteien und Parteaufbauorganisationen eine weiteres, wenn auch vielleicht potenteres, sektiererisches Gebilde zu setzen. Bei derlei Gerüchten und Mutmassungen handelt es sich also lediglich um Projektionen bestimmter Gruppen und Genossen, die meinen, was sie machen, würde jeder tun. Die Frage einer revolutionären Partei ist in unseren Augen solange nicht aktuell, wie es keine fortgeschrittene Bewegung der Arbeiterklasse selbst gibt. Die Frage von Partei und Klasse, die sich dann stellen, sind unse-

rem Eindruck nach in vieler Hinsicht nicht gelöst und können auch erst gelöst werden, wenn der konkrete Charakter der Klassenbewegung sichtbar ist.

Allerdings halten wir Schritte zum quantitativen und qualitativen Ausbau der politischen und organisatorischen Arbeit des Sozialistischen Büros für dringend notwendig. Denn in der Tat besteht zwischen den Erwartungen, die in das Büro gesetzt werden, den Aufgaben, die wir erfüllen müssen und den gegenwärtigen Regelungen und Verfahren ein eklatantes Mißverhältnis. Das bezieht sich sowohl auf die bisher ange-deuteten Ziele, auf die Möglichkeiten einer verstärkten, arbeitsteiligen Kooperation mit vielen Gruppen und Genossen, die dem Büro nahestehen oder in seinen Projekten arbeiten, als auch auf die heute schon bestehenden täglichen Aktivitäten und politischen Notwendigkeiten. Auch wenn wir uns lediglich als Teil einer arbeitsteilig zu organisierenden sozialistisch/kommunistischen Bewegung in der BRD verstehen, so haben wir doch heute schon wachsende politische Aufgaben zu erfüllen, die von keiner anderen überregionalen Gruppierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt erfüllt werden können.

EINIGE INFORMATIONEN UND ZAHLEN ZUM SOZIALISTISCHEN BÜRO

"links" hat eine gedruckte Auflage von ca. 15.000 Exemplaren, 9.000 Abonnenten, 4.000 Stück werden über etwa 120 Weiterverkäufer (Gruppen, Buchläden) vertrieben.

Die Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro über "Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der BRD" wurden im Frühjahr 1971 veröffentlicht und seitdem nicht mehr überarbeitet. Zur Zeit wird die sechste Auflage, April 1973, 25-30.000 Exemplare vertrieben.

Das Fischer Taschenbuch des Sozialistischen Büros "Für eine neue sozialistische Linke - Analysen, Strategien, Modelle" dokumentiert den Entwicklungsprozeß des Sozialistischen Büros anhand von Beiträgen aus "links" von der Gründung 1969 bis Ende 1972. Das Buch hat eine Auflage von 25.000 Exemplaren.

"express" (Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit) hat eine gedruckte Auflage zwischen 8.000 und 12.000 Exemplaren (z.B. die Ausgabe September mit Berichten und Einschätzungen zu den spontanen Streiks wurde in einer Auflage von 12.000 Stück gedruckt und ist fast vertrieben). Über Abonnements werden 3.800 "express" ausgeliefert (durch die Fusion des früheren "express-international" und der Sozialistischen Betriebskorrespondenz zum "express" gingen etwa 900 Abonnenten verloren; es konnten jedoch 1.200 Abonnenten seit der Fusion neu hinzugewonnen werden). Ca. 2.000 "express" gehen an etwa 40 Betriebsgruppen, Vertrauenskörper, Betriebsräte und Redaktionen von Betriebszeitungen. Etwa 1.100 Stück werden über linke Buchläden verkauft.

Die im Frühjahr versuchte Fragebogenaktion (es haben sich bei weitem nicht alle Gruppen beteiligt) und die bereits bestehenden und neuen Kontakte ergeben, daß etwa 250 Gruppen sich in politischer Nähe zum Sozialistischen Büro verstehen. Soweit Arbeitsfelder des Sozialistischen Büros bestehen, beteiligen sich solche Gruppen teils regelmäßig, teils sporadisch an dieser Arbeit. Schwieriger ist es, zu den

verschiedenen Provinzgruppen (oft Jugendgruppen) und zu Gruppen, die kein spezifisches Arbeitsfeld haben, Verbindung zu halten.

Das Sozialistische Büro geht davon aus, daß die Entwicklung einer neuen sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik nur von unten her, d.h. im Lernprozeß von Klassenauseinandersetzungen in den Betrieben und Büros, durch Erfahrungen in Schulen, Hochschulen und anderen gesellschaftlichen Bereichen, möglich ist. Die Tätigkeit des Sozialistischen Büros ist darauf gerichtet, solche Auseinandersetzungen praktisch voranzutreiben und theoretisch zu verarbeiten. Das zentrale Arbeitsfeld des Sozialistischen Büros liegt deshalb bei den Gruppen, die sich im Betrieb, in den Gewerkschaften, im Berufsfeld, Ausbildungssektor oder Wohnbereich, im Alltag der Klassenauseinandersetzungen engagieren. Aktionen, die das Sozialistische Büro entwickelt und Veröffentlichungen die es herausgibt, sind vor allem Instrumente dieser Praxis. Politische Arbeit im Zusammenhang des Sozialistischen Büros bedeutet also kontinuierliche Beteiligung an lokalen, auf Betriebe und Gewerkschaften oder spezifische Berufs- bzw. Ausbildungsfelder bezogene Gruppen oder an überregionalen Projekten, die hierfür Unterstützung geben.

Justiz und Gesetz sind im Bewußtsein der meisten Menschen bedrohliche Begriffe und das nicht zu Unrecht.

Selbst für das aufgeklärtere Bewußtsein, das es als Machtinstrument der herrschenden Klasse begreift, wird das Recht dadurch nicht anziehender. Die Folge davon ist, daß aus Unwissenheit Aktivitäten gesetzt werden, deren rechtliche Konsequenzen einerseits in keinem Verhältnis zu ihrer praktischen Wirkung stehen und andererseits manche legale Möglichkeit politischer Tätigkeit nicht entsprechend genutzt wird.

Um diesem Mangel abzuhelpfen hat das Redaktionskollektiv der "ANSCHLÄGE" den

ANSCHLAG 3

herausgebracht.

Zu erhalten ist diese Broschüre in den Buchhandlungen Heinz Kolisch und Brigitte Herrmann. Selbstverständlich auch im Sekretariat der FÖJ - Bewegung für Sozialismus Belvederegasse 10, Telefon 65 1952.

Briefe



An die
Redaktion
"Aspekte" FÖJ
1040 Wien 26. Dezember 1973

Betr.: Ihre Diskussionsgrundlage:
Naher Osten

Werte Redaktion,
rückgekehrt nach Wien las ich heute
Ihre Diskussionsgrundlage und möchte
festhalten, daß Sie sich zum Staat
Israel genauso irrational und un-
gerecht verhalten, wie sich Antisemiten
(auch solche jüdischer Abstammung
wie z. B. Karl Marx) immer zu Juden
verhalten haben und es jetzt noch tun.

Wenn man von jedem Staat auf dieser
Welt, die gleichen Vorzüge fordern
würde damit er in Frieden und Sicher-
heit existieren kann, die Sie vom
Staat Israel fordern, so würde heute
nach Ihren Maßstäben kein einziger
Staat auf dieser Welt ein Recht auf
Existenz haben.

Sie werden sogar zu Propheten: "Israel
wird auf die Dauer den Krieg im Nahen
Osten verlieren", direkt erstaunlich
für eine kleine Gruppe von Menschen
die sich niemals trauen würde über
das eigene Land vorauszusagen was im
nächsten Jahr passieren wird!

Eine für Sozialisten wesentliche Frage
wird von Ihnen nicht beantwortet: hat
die in Israel entstandene israelische
Nation ein Recht auf Selbstbestimmung,
oder soll da ein Ausnahmerecht gelten
für die Israelis?

Der Zionismus und der Staat Israel
gaben sich zum Ziel, die politische,
gesellschaftliche, wirtschaftliche und
psychologische Gleichheit zwischen
Juden und Nicht-Juden wiederherzu-
stellen und man glaubte dies durch

den Staat Israel geschafft zu haben.
Der Antizionismus ist eine Reaktion
auf die Herstellung dieser Gleichheit,
ein Versuch zurückzukehren zum
statu-quo ante. Diese Haltung ist be-
sonders erstaunlich in Österreich, in
einem Land in dem es noch immer
70% Antisemiten gibt (nach einigen
Optimisten gibt es aber "nur" 35%
Antisemiten, und der Herr Dr. Kreisky
hat überhaupt nichts von Antisemitis-
mus in Österreich gespürt, als man
ihm in Klagenfurt bespuckte und mit
"Saujud" beschimpfte so hatte es ja
nichts mit ihm zu tun, denn er hat
jede Solidarität von sich abgeschüt-
telt, und meiner Schätzung nach
auch jeden Anstand).

Ich schlage vor eine Diskussion über
folgendes Thema abhalten zu wollen:
"Nur ein durch direkte Verhandlungen
zustandegekommener Frieden ist im
Nahen Osten fortschrittlich" und hoffe
sehr daß Sie meinen Brief abdrucken
werden.

Achtungsvoll

Karl Pfeifer
Kegelgasse 40/II/12
1030 Wien

es ergibt sich die notwendigkeit, **DEN KLASSE NKAMPF OFFENSIV zu FÜHREN**, nicht nur übergriffen des kapitals zu begegnen, sondern selbst forderungen zu stellen, die die verfügungsgewalt des kapitals angreifen & bei den auseinandersetzungen stets den fortschritthemmend en charakter des kapital als, seine historische & gesellschaftliche überholtheit offenlegen.

grundsätze der politik der föj - bewegung für sozialismus märz 1973

erhältlich

in den linken buchhandlungen
und

bei den kontaktadressen der

föj - bewegung für sozialismus